

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementpreis Mk. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kayser, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Ewald Steinbrenner, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Inserate für die viergespaltene Petitesse oder deren Raum 30 Pfg.
Vergütungsanzeigen und Arbeitsvermittlungen 30 Pfg.
Verammlungsanzeigen 15 Pfg.

Ein eigenes Heim für den Deutschen Holzarbeiterverband.

Am 29. März ging das für unser künftiges Verbands-Haus bestimmte Grundstück nach Erlegung des Kaufpreises und Eintragung in das Grundbuch in den Besitz unseres Verbandes über. In den nächsten Tagen wird mit dem Bau des Hauses begonnen werden, welcher voraussichtlich binnen Jahresfrist beendet sein wird. Damit beginnt ein neuer Abschnitt in der Verbandsgeschichte, und es rechnet sich, jetzt einen kurzen Rückblick auf die Entwicklung unserer Organisation zu werfen, deren riesiges Wachstum schließlich den Bau eines eigenen Hauses zur unabwiesbaren Notwendigkeit gemacht hat.

Bekanntlich bildeten den Stamm des im Jahre 1893 gegründeten Holzarbeiterverbandes die Mitglieder des bis dahin bestandenen Tischlerverbandes. Die anderen Branchenverbände stellten ein weit geringeres Kontingent zu dem neuen Industrieverband. Der Vorsitzende des Tischlerverbandes, Karl Klotz, wurde zum Vorsitzenden des Deutschen Holzarbeiterverbandes gewählt und sein jetziges Bureau wurde zur Zentrale für die neue Organisation.

Karl Klotz hatte das Amt als befohlener Vorsitzender und einziger Angestellter des Tischlerverbandes am 1. Januar 1884 angetreten. Das Verbandsbureau befand sich zunächst in der Marienstraße in Stuttgart, doch wurde es bald in ein Zimmer der von Klotz benutzten Wohnung in der Kelterstraße in Gelbach, einem Vorort von Stuttgart, verlegt. Als Klotz hierauf nach der Hauptstraße 37 in Gelbach umzog, machte natürlich auch das Verbandsbureau diesen Umzug mit, und der bescheidene Raum genügte für längere Zeit den Bedürfnissen. Später wurde die Straße umgetauft, die Adresse des Verbandsbureaus lautete dann: Böblinger Straße 127, aber es war immer noch das kleine Zimmerchen, welches für 10 Mk. monatliche Miete das Bureau des Tischlerverbandes beherbergte. Es reichte auch noch aus, als im Jahre 1889 August Wohne und im folgenden Jahre Karl Widmann als weitere befohlene Beamte des Tischlerverbandes angestellt wurden. Ende 1891 war der Tischlerverband auf 1586 Mitglieder in 261 Zahlstellen angewachsen und im August 1892 machte das andauernde Wachstum die Anstellung eines weiteren Beamten notwendig. Ewald Steinbrenner wurde ins Verbandsbureau berufen, der einzige Ueberlebende von den einstigen Beamten des Tischlerverbandes. Kurz zuvor war das Verbandsbureau in die Pfarrerstraße 9 nach Gieslach übergesiedelt. Aus dem Umstand, daß auch hier nur 10 Mk. monatliche Miete gezahlt werden brauchte, kann man schließen, daß das neue Bureau nicht viel mehr Raum bot als das frühere. Es beherbergte auch den Generallstab des Verbandes nur wenig länger als ein Jahr.

Zugewachsen war mit dem 1. Juli 1893 der Deutsche Holzarbeiterverband ins Leben getreten. Er zählte bei Beginn seiner Tätigkeit 22 745 Mitglieder, darunter 19 400, die vom Tischlerverband übergetreten waren. Theodor Leipart, der seitliche Vorsitzende des Drechslerverbandes, wurde zum zweiten Vorsitzenden des Holzarbeiterverbandes gewählt und siedelte von Hamburg nach Stuttgart über. Es mußte nach einem neuen Bureau Umschau gehalten werden und man zog wieder in das alte, liebgehabte Häuschen in der Böblinger Straße 127. Für Bureauzwecke mußte aber jetzt mehr Raum in Anspruch genommen werden, als Mietspreis waren nun 850 Mk. jährlich zu erlegen.

Der Deutsche Holzarbeiterverband hat sich bald kräftig entwickelt. Von 23 774 Mitgliedern Ende 1893 stieg er auf 26 144 Ende 1894 und 29 111 Ende 1895. Im allen Bureau wurde es zu eng; zur Bewältigung der wachsenden Arbeiten war die Vermehrung des Beamtenstabes erforderlich, aber es fehlte vorerst an Raum, sie unterzubringen. So entschloß man sich denn zu einem neuen Umzug. Zum 1. April 1896 wurde die Vorstadt Gieslach verlassen und das Verbandsbureau zog in das eigentliche Stuttgart, nach der Schwabstraße 18, wo eine Wohnung von 2 Zimmern nebst Küche für den Preis von 350 Mk. jährlich gemietet wurde. Nun wurde auch das Bureau von der Wohnung des Vorsitzenden getrennt, Klotz blieb in Gieslach wohnen. Trotz des Wachstums der Organisation hatte man sich mit dem allernotdürftigsten Inventar begnügt, und so kostete der ganze Umzug nur 28 Mk.

Die Hoffnung, in dem neuen Bureau für längere Zeit bleiben zu können, erwies sich als irrig. Die Ausbreitung des Verbandes übertraf alle Erwartungen. Ende 1896 waren wir auf 37 816, Ende 1897 auf 42 578 Mitglieder angewachsen. Der Verbandstag zu Göttingen 1898 hatte

die Anstellung eines befohlenden Sekretärs beschlossen und Wilhelm Schneegäß aus Erfurt zu diesem Posten gewählt. Als er zum 1. Juli 1898 nach Stuttgart überließelte, wurde in der Reinsburgstraße 57 eine große Wohnung gemietet, von welcher der größte Teil für Bureauzwecke eingerichtet wurde, während Schneegäß den Rest als Wohnung behielt. Hier mußte 610 Mk. Jahresmiete für das Bureau aufgewendet werden. Es waren also erheblich größere Räume als vorher, aber für lange genügten auch sie nicht den wachsenden Ansprüchen.

Zum Oktober 1902 mußte wieder gezogen werden. Der Verband war infolge der herrschenden Wirtschaftskrise von 70 080 Mitgliedern, die er Ende 1900 gezählt hatte, auf 67 841 am Schlusse des Jahres 1901 zurückgegangen. Aber damit war auch der Tiefstand erreicht und es begann wieder vorwärts zu gehen. Nachdem im Jahre 1901 durch wiederholte Forderungen der arbeitslosen Mitglieder die Grundlagen für die Verrechnung der voraussichtlichen Kosten einer Arbeitslosenunterstützung beschafft worden waren, war die Einführung dieser Unterstützung in einer im März 1902 vorgenommenen Abstimmung beschlossen worden. Es mußte damit gerechnet werden, daß mit Beginn der Auszahlung der neuen Unterstützung der Arbeitsanfall auf dem Verbandsbureau eine bedeutende Steigerung erfahren würde. Hier waren nunmehr 8 Mann beschäftigt: 4 befohlene Vorstandsmitglieder und 4 Hilfsarbeiter; in den Räumen mehr Leute unterzubringen, war völlig ausgeschlossen. Um die Möglichkeit für eine weitere Ausdehnung zu gewinnen, wurde nun in der Furtbachstraße 18 eine ganze Etage für den Preis von 1140 Mk. jährlich gemietet, die ausschließlich Bureauzwecken diente.

Beim Bezug dieser Räume waren alle Kollegen sehr bestrebt, aber nur zusehends erwies sich auch die größeren Lokalitäten als zu klein. Der Verband, der Ende 1902 70 851 Mitglieder gezählt hatte, war bis Ende 1903 auf 83 682 angewachsen und hatte im Jahre 1904 das erste Hunderttausend überschritten. Der Verbandstag in Leipzig 1904 hatte die Anstellung eines zweiten befohlenden Sekretärs und die Verlegung der „Holzarbeiter-Zeitung“ von Hamburg nach Stuttgart beschlossen. Letzterer Umstand insbesondere machte die Beschaffung größerer Räume notwendig. Sehr gern wäre man in dem jetzigen Gebäude geblieben, welches in unmittelbarer Nachbarschaft der Dickschen Druckerei belegen ist. In dieser Druckerei wurden seither schon die Druckfachen des Verbandes hergestellt und hier sollte nach ihrer Ueberföbelung auch die „Holzarbeiter-Zeitung“ gedruckt werden. Daß die Nähe der Druckerei eine wesentliche Erleichterung für den Zeitungsbetrieb bedeutet, bedarf keiner weiteren Ausführungen. Leider erwies sich eine Vergrößerung des Bureaus als unüberwindbar und es mußte wieder ans Umziehen gedacht werden.

Das war aber jetzt nicht mehr ganz leicht. Allmählich war unser Raumbedarf so groß geworden, daß die Ausfindigmachung von Lokalitäten, in welchen die Bureaus in einer Etage untergebracht werden konnten, viel Mühe verursachte. Man fand sie schließlich in dem neuerbauten Hause einer Gardinenfabrik in der Adlerstraße 43, wo eine Etage von etwa 800 Quadratmeter Flächeninhalt, unseren Bedürfnissen entsprechend, in Zimmer abgeteilt wurde. Diese Lokalitäten, die zum 1. Oktober 1904 bezogen wurden, erforderten einen jährlichen Mietaufwand von 2850 Mk.

In den vier Jahren, während welcher das Bureau des Verbandsvorstandes in der Adlerstraße war, hat sich der Verband rüstig weiterentwickelt, und dementsprechend ist auch das Bureau ausgebaut worden. Die Mitgliederzahl stieg von 105 386 Ende 1904 auf 130 141 Ende 1905 und 151 717 Ende 1906. Die beiden folgenden Jahre brachten allerdings wieder einen Rückgang auf 147 462 und 144 250, aber diese rückläufige Bewegung flöhte uns keine besondere Besorgnis ein. Sie war durch den schlechten Geschäftsgang verursacht und hat nach dessen Weichen, wie zu erwarten war, einer neuen kräftigen Aufwärtsbewegung Platz gemacht. Während der Zeit, in welcher sich das Verbandsbureau in der Adlerstraße in Stuttgart befand, ist die Arbeitslosenunterstützung in Kraft getreten und die Krankenunterstützung eingeführt worden. Das hatte eine Verstärkung des Beamtenstabes zur Folge. Aber auch sonst ist das Verbandsbureau in seiner Ausstattung in dieser Zeit ein wenig modernisiert worden. Schon im Oktober 1901 hatte man eine Schreibmaschine angeschafft, aber erst im Jahre 1906 ist zum ersten Male eine Maschinenschreiberin angestellt worden. Gegenwärtig sind zwei Maschinenschreiberinnen auf dem Bureau beschäftigt. Ende 1905 wurde ein Packer eingestellt; bis dahin war das Ver-

packen und Expedieren der oft sehr zahlreichen Sendungen, die vom Verbandsbureau ausgehen, Aufgabe der Angestellten gewesen. Seither sind auch diese Geschäfte so angewachsen, daß sie gegenwärtig kaum von zwei Packern bewältigt werden können. Die Zahl der Verbandsbeamten im Bureau des Hauptvorstandes und der „Holzarbeiter-Zeitung“ war, als der Umzug nach Berlin im September 1908 vollzogen wurde, auf 19 angewachsen. Gegenwärtig werden auf dem Verbandsbureau, einschließlich des Personals der „Holzarbeiter-Zeitung“, 25 angestellte Verbandsbeamte beschäftigt, wozu noch einige aus Hilfsweise beschäftigte Kollegen kommen, die an der Statistik arbeiten. Die Zahl der Verbandsmitglieder ist auch jetzt auf etwa 188 000 gestiegen.

Die Sitzverlegung der Verbandsleitung nach Berlin war auf dem Verbandstag zu Stettin im Jahre 1908 beschlossen und dieser Beschluß wurde, wenn auch manche der betroffenen Kollegen sich nur sehr ungern von Stuttgart trennten, alsbald durchgeführt. In Berlin wurde das Verbandsbureau in dem neuerbauten Bureauhaus Neue Friedrichstraße 2 (Ede Schilderstraße) untergebracht, wo im vierten Stock eine Fläche von über 600 Quadratmeter gemietet wurde. Es ging aber hier gerade so, wie es uns bisher auf allen unseren Wanderungen mit dem Bureau gegangen war. Anfangs herrschte große Freude über die riesigen Räume. Bald zeigte sich aber, daß im Grunde gar kein überflüssiger Platz vorhanden ist, und obwohl in der Zwischenzeit der zur Verfügung stehende Raum um etwa 50 Quadratmeter vergrößert wurde, fühlt man sich jetzt schon im Bureau beengt und man mußte sich mit dem Gedanken vertraut machen, mit dem Ablauf des Mietvertrages die gegenwärtigen Lokalitäten mit größeren zu vertauschen. Für das Verbandsbureau muß jetzt einschließlich Heizung circa 10 000 Mk. Jahresmiete gezahlt werden. Die Aussicht, künftig noch beträchtlich mehr aufwenden zu müssen, ohne Hoffnung, eine wirklich dauernde Stätte zu finden, ließ den schon längere Zeit erwohnenen Plan, ein eigenes Haus zu bauen, allmählich fester Gestalt annehmen.

Ein Hindernis für die Vertretung vermögensrechtlicher Interessen war bisher der Umstand gewesen, daß der Verband nicht die Rechte einer juristischen Person besitzt. Die Zwecke, welche unser Verband verfolgt, schließen es auch aus, daß wir uns um die Erwerbung der Korporationsrechte bemühen. Dem Mangel ist jedoch auf anderem Wege abgeholfen worden. Am 29. Oktober 1909 ist die „Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Gesellschaft mit beschränkter Haftung“, in das Handelsregister eingetragen worden. Als Geschäftsführer der Verlagsanstalt fungieren der Vorsitzende und der Hauptkassierer des Verbandes. Das Unternehmen arbeitet mit Verbandsageld, und durch notariellen Akt ist die Garantie gegeben, daß jeder Gewinn ausschließlich der Verbandskasse zugute kommt. Der letzte Anlaß zur Gründung der Verlagsanstalt war die Rücksicht auf die Vertreibung des Buchhandels. Der Verband gibt alljährlich selbst eine Reihe von Druckwerken heraus und auch die Vermittlung von Büchern aus anderem Verlag gewinnt eine größere Bedeutung.

Durch die Verlagsanstalt hat der Verband auch die Möglichkeit, Liegenschaften zu erwerben, von welcher er nun Gebrauch macht. Als der Plan, ein Verbandshaus zu errichten, eine gewisse Reife erlangt hatte, wurde sorgfältig Umschau nach einem geeigneten Grundstück gehalten. Für verschiedene Plätze wurden provisorische Pläne entworfen, bis sich der Verbandsvorstand nach reiflicher Prüfung für den 1266 Quadratmeter großen Platz am Köllnischen Park, Ede Küngestraße, entschied. Der Preis dieses Grundstückes, der bei der Auktion bar erlegt wurde, beträgt 367 000 Mk. Die Gesamtkosten des Neubaus einschließlich des Grunderwerbs sind auf 900 000 Mark veranschlagt. Aus einer vom Verbandsvorstand ausgeschriebenen engeren Konkurrenz ist die Architektenfirma „Technische Treuhandgesellschaft für Grundstücks- und Bauinteressenten Berner u. Imberg“ als Sieger hervorgegangen. Ihr ist auch die Bauausführung übertragen.

Unser künftiges Verbandshaus wird sich, obwohl in der Nähe des Zentrums von Berlin, doch in einer recht ruhigen Gegend befinden. Es grenzt an das Gebäude der Landesversicherungsanstalt, einem herrlichen Monumentalbau, und liegt gegenüber dem vom Stadtbaurat Hoffmann errichteten Märkischen Museum. Dabei hat es den Ausblick auf einen grünen Schmuckplatz, den Köllnischen Park. Außer dem Bureau des Verbandsvorstandes wird das Haus auch die Bureaus der Berliner Verbandszahlstelle und des Hauptvorstandes beherbergen. Vorgeesehen ist ferner die Er-

staltung einer Druckerel, so daß der Verband künftig die „Solzarbeiter-Zeitung“, das „Nachblatt für Solzarbeiter“, sowie seinen sonstigen recht erheblichen Bedarf an Druckfachen in der eigenen Druckerel herstellen können. Außer den Bureaus und der Druckerel steht aber noch so viel Raum zur Verfügung, daß eine Reihe von Mietwohnungen im Verbandsbause untergebracht werden können. Diese Wohnungen dienen gewissermaßen als Kaserne für das Verbandsbureau. Im Bedarfsfall können sie für die Zwecke des letzteren Verwendung finden.

Die Pläne für das Verbandsbause werden gegenwärtig von der Baupolizei geprüft. Es steht aber zu erwarten, daß sich keine wesentlichen Anstände ergeben, so daß in kürzester Frist mit dem Bau begonnen werden kann. Mit der Errichtung eines eigenen Verbandsbause kommt der Vorstand einem Beschlusse des Münchener Verbandstages nach, der ihn ermächtigt hat, durch Kauf oder Neubau ein eigenes Heim für den Verband zu erwerben. Wenn der Verbandstag in Berlin zusammentritt, werden die Arbeiter am Neubau ein gutes Stück weit gediehen sein. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß der nun beginnende Bau in programmäßiger Weise vollendet wird, auf daß ein Haus entsteht, welches allen Anforderungen entspricht und an welchem die Verbandsleitung wie Mitglieder in gleicher Weise ihre Freude haben.

Das Recht zu streiken.

II. Das ist es, was die Arbeiterfeinde, die von der Arbeit anderer leben, immer wieder und immer wieder einbringt: daß sich die Arbeiter das Recht zu streiken nicht nehmen lassen, sondern es immer wieder ausüben. Darf es ein solches Recht zu streiken geben? Ist der Streik nicht ein Verbrechen? Geht es an die Produktion, ja die gesamte Volkswirtschaft überhaupt durch Arbeitsniederlegung zu stören? Also freischießen, trähen, trachten während die Schurkenmacher und ihre Altklaffen in Stadt und Land, Sie, die sich ein ewiges Recht auf Ausbeutung bindigieren, die der Welt einreden wollen, es sei ihr göttliches Recht, die Arbeiter zu knechten und zu bewachen; eben diese guten „Patrioten“ und frommen „Christen“ bestreiten den Arbeitern ihr natürliches, selbstverständliches Recht, das Recht nämlich: die Arbeitskraft so teuer als möglich zu verkaufen, die Konjunktur für sich auszunutzen und die Konkurrenz unter den Arbeitern selbst tunlichst einzuschränken. Was die Kapitalisten allgemein und mit Assistentz der staatlichen Gewalten praktizieren, das soll den Arbeitern verwehrt sein. Was den besitzenden Klassen die Wahrung des eigenen Vorteils ist, das wird den Proletariaten zum Verbrechen angerechnet. Der Schutz des Privateigentums — des Palastbaus der Bourgeoisie! — ist in der kapitalistischen Gesellschaft einmal eine Tugend, ein andermal ein Laster, je nachdem er von faulen Ausbeutern oder von darbenenden Arbeitern in Anspruch genommen wird. Es soll zweierlei Koalitionsrecht geben: eines für die kapitalistischen, ein anderes (minderes) für die proletarischen Klassen. Denn in den Augen der bürgerlichen und junkerlichen „Christen“ sowie ihrer bureaukratischen und pfäffischen Diener ist der Streik eine Sache — ärger als Hochverrat oder Raubmord, weil er sich gegen den dreimal geheiligten Profit — aber wie die Unternehmer und ihre Paläste sagen: gegen die Interessen der Industrie, der Gesellschaft, des Staates — richtet und die Existenzbedingungen der Gesamtheit in Frage stellt, erschüttert, vernichtet!

Also ist die Arbeit der Proletarier doch die Grundlage aller Reichtümer? Also ist es erwiesen, daß das arbeitslose Einkommen der ungezählten Schurken: der faulen Herren in Auto- und sonstigen Galatsischen ohne die Anstrengungen der „Hände“ nicht denkbar ist? Und eben diese Herren weisen ja sonst den Gedanken, daß dem so sei, weit von sich? Wie reimt sich das zusammen? Die Fabel des alten Roms: Menenius Agrippa, daß alle Glieder des menschlichen Körpers dem Magen tributär seien, sie ist demnach wahr; und die Herren von Ar und Galm, von Schlot und Schwert — sie betrachten sich als den Magen der menschlichen Gesellschaft? Vielleicht auch als seine Zierde? Denn daß sie, die Herrschenden, der Lohn seien — was sie sich ja offenbar einbilden —, ist an sich schon eine solche Selbsttäuschung, daß man sich wundern müßte, wie sich sonst leidlich vernunftbegabte Leute ihr hingeben können, wenn — sie eben der „Hoff“ wären. Weil sie es aber nicht sind, sondern nur der Magen, und weil sie infolgedessen ohne die Tätigkeit der übrigen Glieder des Körpers, der „Hände“ nicht, elendiglich zugrunde gehen müßten, da rufen können sie sich nicht anders helfen, als durch die Anrufung der Gewalt, durch den Appell an die gepanzerte Polizeihand; an den Knäuel der Haut, an den Browning, der schießt.

Aber stehen zu Vertretern der Revolverpolitik gibt es auch bürgerliche Sozialreformer, die da zwar den Zweck, aber nicht die Mittel zum Zweck wollen und uns einreden möchten: es ginge auch „so“, indem man nämlich den Pelz nicht, ohne ihn naß zu machen. Diese braven Kinder, welche auch unter Verzicht auf ihr Streikrecht zum gestülzten Kapfen kommen. Man trauet sich zwar entzweit gegen den Verdacht, daß man dem Arbeiter nicht gönnen wolle, was des Arbeiters ist, und selbst der lumpigste anmaßende Schurkenmachersektierer behauptet mit geschwollener Phrasen, daß es ihm fernliege, das Koalitionsrecht der Arbeiter anzuerkennen. Wenn es aber zur Anwendung dieses jähönen Theories auf die rauhe Praxis kommt, dann meint so ein „Sozialpolitiker“ gar treuerherzig: Retiraver eurent Herrn, der Arbeiter, lebet in Frieden mit ihm; er meint es ja doch gut mit euch, und wenn er auch „nein“ sagt, dann dürft

Ihr es ihm glauben: der arme Herr kann wirklich nicht. Er möchte euch gerne helfen, aber... nur keinen Streik! Und wenn schon, dann wenigstens Schutz der braven „Arbeitswilligen“.

Und die dummen Herrle glauben wirklich, daß die Arbeiter das Jadescheitliche ihrer Sophisterei nicht durchschauen und es nicht merken, wie die mundfertigen Herren ihre schäbigen Privatinteresse als Ausbeuter mit dem allgemeinen Interesse zu verwechseln bestrebt sind, wie sie ihren Klassenegoismus als öffentliches Wohl, als Staatsnotwendigkeit zu fristieren sich anstrengen, anstatt die langweiligen Wohltautendünkel durch ein ehrliches Bekenntnis abzukürzen und sich offen als Machtpolitiker zu bekennen. Denn der Kampf um den Arbeitsvertrag ist eine Machfrage, bei der darüber zu entscheiden ist, ob die Unternehmer das ausschließliche inappellable Recht zur Lohnbestimmung haben oder ob auch dem Arbeiter ein Mitbestimmungsrecht zusteht, das — leider, wie die Dinge nun einmal liegen — nicht immer im stillen Wege geltend gemacht werden kann. Der holde Wahn der Harmoniefäusler, daß es in der Welt des Kapitalismus einen ungetrübten sozialen Frieden geben könne, gerstet in der rauhen Luft des täglichen harten Kampfes um Dasein, und all die süßen Illusionen haben nur den Zweck, die noch indifferenten Arbeiter irrezuführen. Zum Glück für diese ist das Ausbeutertum in seinem Profit- und Wucherinteresse so unbegreifbar, daß auch der friedfertige Proletarier aufgerüttelt wird, und immer allgemeiner wird die Erkenntnis, daß der Schutz der sogenannten Arbeitswilligen nichts anderes ist, als die Verleugnung des Streikrechts und daß, wer dieses leugnet, das Koalitionsrecht selbst verwirft.

Wie ist uns denn? Kann man die Behauptung, das Streikrecht verlege sich nicht mit der heutigen Wirtschaftsordnung, überhaupt ernst nehmen? Wissen wir denn nicht, daß die Kapitalisten aller Gruppen seit langem und zum Teil mit Erfolg — wenigstens soweit sie als Klasse in Betracht kommen — bemüht sind, die Konkurrenz untereinander aufzuheben? Und das gleiche Recht soll für die Arbeiter nicht gelten? Nicht gelten, weil es „Arbeitswillige“ gibt, die sich von der Ausbeuterklasse als Streikbrecher engagieren lassen? Das ist fürwahr ein so wichtiger Vorwand, daß er niemand täuschen kann. Das Koalitionsrecht kann um dieser „Arbeitswilligen“ wegen so wenig eingeführt werden, als es möglich ist, der Liebe wegen das Streikrecht aufzuheben. Denn nicht davon hängt es ab, wie die Arbeiter von ihrem Koalitionsrecht Gebrauch machen dürfen, ob es „Arbeitswillige“ gibt oder nicht, sondern von der wirtschaftlichen und sozialen Notwendigkeit. Die aber wird bestehen, solange es eine Ausbeutung geben wird, d. h. solange der Kapitalismus besteht. Erst wenn die Herren Ausbeuter auf ihren Absolutismus und ihr feudales Herrenrecht verzichten werden, wenn also die Hauptursachen des Arbeitskampfes verschwinden werden, erst dann wird es möglich sein, das Schwert des Streikrechts unbewußt in der Scheide stecken zu lassen. Solange jedoch die Unternehmer ihr wirtschaftliches Faustrecht anwenden und nur vor der Arbeitsniederlegung zurückweichen, solange werden sich die Arbeiter nicht entschließen, ihr elementares Grundrecht, den freizügigen Verkauf ihrer Ware Arbeitskraft, eventuell auch durch die Arbeitsniederlegung, zu schützen, werden sie ihr fundamentales Staatsbürgerrecht nicht aus der Hand geben.

Von zwei Dingen eines: Entweder die Arbeit ist eine öffentliche allgemeine Pflicht, dann muß sie auch für die Unternehmer gelten, dann dürfen die Arbeiter unter gar keinem Vorwande auf die Strafe gesetzt werden. Oder aber die Arbeit ist Sache des freien Vertrages — dann gilt eben das von den Schurkenmachern proklamierte Kriegsrecht, allerdings nur zwischen Unternehmern und Arbeitern. Der Staat hat sich jeder Einmischung zu enthalten, weil er ja auch sonst sich des Eingriffs in die Festsetzung des Profits enthält und jede Begrenzung nach oben ablehnt — im Gegeenteil, alles tut, um diese Grenze nach oben zu verschieben. Daß das nackte Profitinteresse des Ausbeutertums höher steht als das Wohl der Proletarier, von deren Eifer, Geschick und Leistungsfähigkeit der Profit überhaupt abhängt — das wird man den Klassenbewußten Arbeitern vergebens weismachen suchen! Weder mit List, noch mit Gewalt.

Die staatliche Arbeitslosenversicherung in Großbritannien.

F. Ein interessantes und zugleich wichtiges sozialpolitisches Experiment wird demnächst in Großbritannien zur Ausführung kommen, nämlich die staatliche Arbeitslosenversicherung. Das hierauf bezügliche Gesetz, der zweite Teil des „nationalen Versicherungsgesetzes“, wird zwischen dem 15. Juli und 1. Oktober d. J. in Kraft treten. Die Wirksamkeit des Gesetzes erstreckt sich vorläufig auf alle Hoch- und Tiefbauarbeiten, die Erzeugung von Fahrzeugen für den Verkehr zu Wasser und zu Land, die Erzeugung von Feuerkräften, die Eisenindustrie, die Maschinenfabrikation, die Sägemüllerei und die maschinelle Holzbearbeitung, auf die beiden letztgenannten Gewerbe jedoch nur insoweit, als sie gewöhnlich in Verbindung mit anderen versicherungspflichtigen Gewerben ausgeübt werden. Das Gewerbeministerium (Board of Trade) ist befugt, den Geltungsbereich der Arbeitslosenversicherung durch Sonderverordnung auszuweiten.

Die Mittel werden gemeinsam von den Arbeitern, Unternehmern und dem Staat aufgebracht. Jeder über 18 Jahre alte und mehr als zwei Tage in der Woche beschäftigte Arbeiter zahlt wöchentlich einen Beitrag, von

24 d (zirka 21 Pf.); weniger als 18 Jahre alte Arbeiter und erwachsene Arbeiter, die nur an einem Tag in der Woche beschäftigt waren, zahlen 1 d, die über 1—2 Tage beschäftigten erwachsenen Arbeiter zahlen 2 d. Der Unternehmer hat für jeden versicherten Arbeiter den gleichen Beitrag zu entrichten wie der Arbeiter selbst. Für die Beitragszahlung haftbar ist der Unternehmer, der sich den Beitrag des Arbeiters von dessen Lohn abziehen darf.

Nach Ablauf von sieben Jahren, und später wieder in mindestens siebenjährigen Zeitabschnitten, kann das Gewerbeministerium im Einvernehmen mit dem Schatzamt die Beitragshöhe abändern und auch für die einzelnen versicherten Gewerbe verschieden hoch festsetzen. Doch darf der Beitrag sowohl des Arbeiters wie des Unternehmers um nicht mehr als 1 d (8½ Pf.) pro Woche erhöht oder herabgesetzt werden, noch dürfen für Arbeiter und Unternehmer verschieden hohe Beiträge eingeführt werden.

Außerdem auf Arbeitslosenunterstützung hat jeder versicherte Arbeiter, der in den der Arbeitslosigkeit vorausgegangen fünf Jahren mindestens 20 Wochen lang in einem versicherten Gewerbe beschäftigt war, wenn er sich gehörig anmeldete, arbeitsfähig ist und seinen Anspruch auf Unterstützung noch nicht erschöpft hat. Vom Bezugsrecht ausgeschlossen sind streikende und ausgesperrte Personen, sowie die Ausfälle von Anstalten, die aus öffentlichen Mitteln unterhalten werden. Bei unverschuldeten Arbeitslosigkeit beginnt der Unterstützungsbezug mit der zweiten, bei verschuldeter Arbeitslosigkeit mit der siebenten Arbeitslosenwoche. Weniger als 17jährige Versicherte sind vom Unterstützungsbezug ausgenommen, 17—18jährige erhalten die halbe Unterstützung. Das Unterstützungsmaß der über 18 Jahre alten Versicherten beträgt 7 s (7 Pf.) in der Woche. Die Unterstützungsdauer währt längstens 15 Wochen innerhalb von je zwölf Monaten, doch darf auf je fünf Beitragswochen nicht mehr als eine Unterstützungswoche treffen.

Beim Eintritt der Arbeitslosigkeit haben sich die versicherten Personen bei dem zuständigen staatlichen Arbeitsnachweis anzumelden. Der Versicherungsbeamte des Arbeitsnachweises entscheidet über den Bestand und die Fortdauer des Unterstützungsanspruches. Wenn der Arbeitslose mit der Anordnung des Beamten unzufrieden ist, so kann er ihn auffordern, die Angelegenheit einem Verfassungskommissionen vorzulegen, der aus Vertretern der Arbeiter und Unternehmer und einem seiner der beiden Parteien angehörigen Vorsitzenden besteht. Der Ausschuss wird vom Gewerbeministerium ernannt. Der Versicherungsbeamte ist nicht verpflichtet, die Vorschläge dieses Ausschusses anzunehmen, wenn sie mit seinen Ansichten nicht übereinstimmen; doch kann der Ausschuss den Beamten, der die Vorschläge ablehnt, zur Verurteilung an einen vom König ernannten Sachverständigen verurteilen, dessen Entscheidung endgültig ist. Es wird nur ein Schiedsrichter für das ganze Königreich eingesetzt. Der Versicherungsbeamte kann aber auch, falls in erster Linie selbst über eine Streitfrage zu entscheiden, sie sofort dem Verfassungskommissionen vorlegen, dessen Urteil in dem Fall endgültig ist. Die zur Durchführung des Gesetzes erforderlichen Beamten werden vom Gewerbeministerium mit Zustimmung des Schatzamts ernannt.

Die Auszahlung der Unterstützung erfolgt in der Regel durch die staatlichen Arbeitsnachweise, doch kann sie auch durch Arbeiterorganisationen erfolgen, deren Mitglieder ausschließlich oder zum Teil in versicherten Gewerben beschäftigt sind. Das Gewerbeministerium darf dieses Recht nur solchen Organisationen zuerlassen, die selbst schon die Arbeitslosenunterstützung pflegen. Organisationen, mit welchen das Gewerbeministerium diesbezügliche Vereinbarungen hat, erhalten in jährlichen oder anderen Zeitabschnitten aus dem staatlichen Arbeitslosenfonds Beträge zurückzuerhalten, die ungefähr ihren Ausgaben für staatliche Arbeitslosenunterstützung gleichkommen, aber nicht mehr als drei Viertel ihrer Gesamtausgaben für Arbeitslosenunterstützung, einschließlich der eigenen Leistungen. — Nach dem Entwurf des Gesetzes hätten die Organisationen nicht mehr als zwei Drittel ihrer Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung vom Staat zurückgestellt bekommen.

Die Verpflichtung des Arbeitslosen, sich beim Eintritt der Arbeitslosigkeit bei dem staatlichen Arbeitsnachweis zu melden, besteht auch dann, wenn er die Unterstützung durch Vermittelung seiner Gewerkschaft bezieht. Der Arbeitslose muß jede Stelle annehmen, die ihm vom Arbeitsnachweis angeboten wird, ausgenommen:

1. wenn die Stelle durch Streik oder Aussperrung frei geworden ist;
2. wenn das Angebot aus einem anderen als seinem Wohnbezirk kommt und die gebotene Lohnhöhe oder die sonstigen Arbeitsbedingungen schlechter sind als die in jenem Bezirk zwischen Arbeitern und Unternehmerorganisationen durch Vertrag festgelegten Arbeitsbedingungen; falls kein Kollektivvertrag besteht, so gelten die von „guten“ Unternehmern gewährten Arbeitsbedingungen als Norm;
3. wenn das Angebot zwar aus dem Bezirk kommt, wo der Arbeitslose ansässig ist, die Arbeitsbedingungen jedoch schlechter sind als die, unter welchen er vordem zu arbeiten gewohnt war.

Das Gesetz enthält zwei Bestimmungen, welche bezwecken, zu dauernder Beschäftigung derselben Personen anzuregen und Entlassungen einzuschränken. Wenn ein Unternehmer nachweist, daß er in einem Kalenderjahr für einen und denselben versicherten Arbeiter mindestens 45 Wochenbeiträge bezahlte, so wird ihm auf sein Ansuchen ein Drittel der für diesen Arbeiter entrichteten Beiträge

Warnung vor Zuzug!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

Zuzug ist fernzuhalten von:

Zischlern, Maschinisten und Hilfsarbeitern nach Auerbach i. V. (Ernst Seidel), Bries, Cassel (Hofschlermeister Vogt), Chemnitz (Herrschuh), Darmstadt (Möbelfabrik, G. m. b. H.), Driesen a. d. N. (Biegler u. Comp.), Eberswalde (Zimmermann u. Co.), Elmshorn (Schmidt), Fürstentum a. d. Spree (System Bureauindustrie), Gera, R. J. L. (Schlesinger), Geyer im Erzgeb. (Mühlensbauanstalt M. Kühn), Gröblich (Waggonfabrik), Großschachwitz (Tippner), Kunnersdorf bei Augustsburg in Sachsen, Langensalza, Oederan (G. Groß u. Co.), Rathenow (S. Gierke), Rothenburg ob der Tauber (Haag u. Saalmüller), Schönlanke in Posen, Sedenheim (Herzog u. Co.), Slade, Steinach, S. M., Warmbrunn in Schlesien (Gräf. Schaffgotsche Möbelfabrik), Witttenberge (Liche Nachf.), Ranch, Paris.

Dresdener nach Driesen a. d. N. (Biegler u. Comp.), Lauf (Vogel), Rothenburg o. d. T., Oederan (G. Groß u. Co.), Schönlanke in Posen.

Parteiliegern nach Charlottenburg (Arbeitsnachweis des Berufsvereins der Berliner Parteilieggeschäfte, Uhlandstraße).

Modellistilern nach Greiz.

Wirstenmachern nach Reine (Sonnenburg).

Korbmachern nach Fürstentum a. d. Oder, Rothenburg o. d. T. (Haag u. Saalmüller), Salzkotten (Morrad Möller), Schöningen (Thiemann), Montreux.

Stellmachern nach Gröblich (Waggonfabrik), Magdeburg (W. Wischoff), Zürich (Wagenfabrik Schlierm), G. H. u.

Vergoldern nach Erfurt (Waltner).

summe zurückgezahlt. Beweist ein Unternehmer, daß er in Zeiten schlechten Geschäftsganges, statt Arbeiter zu entlassen, verkürzte Zeit arbeiten ließ, und daß er in dieser Zeit von den Löhnen keinen Versicherungsbeitrag abgab, sondern die Arbeiter sowie seine Beiträge selbst bezahlte, so wird ihm der ganze Betrag dieser Zahlungen oder ein Teil davon zurückerstattet. — Von diesen Bestimmungen werden gewiß viele Unternehmer Gebrauch machen.

Wenn von einem Arbeiter — oder nach dessen Tod von seinen Hinterbliebenen — der Beweis erbracht wird, daß er mindestens 500 Wochenbeiträge zahlte und das 60. Lebensjahr vollendet hat, so wird aus dem Arbeitslosenfonds der Betrag einschließlich 2 1/2 Proz. Zinsen zurückgezahlt, um welchen die Beiträge des Arbeiters die Summe der Unterhaltungen übersteigen, die er bis dahin bezogen hat. Wenn die Rückzahlung vor dem Ableben des Versicherten gesordert und geleistet wird, so beeinträchtigt das in keiner Weise seine fernere Beitragspflicht. Bei neuerlichem Eintritt eines Unterhaltungsanspruchs kommen fünf Viertel der tatsächlich geleisteten Beiträge in Anrechnung.

Wer durch bewußt falsche Angaben für sich oder andere Arbeitslosenunterstützung zu erlangen sucht, wird mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft; Unternehmer, welche die Beiträge nicht zahlen, haben Geldstrafen bis zu 10 Pfund (200 Mk.) zu entrichten und die Beiträge nachzuzahlen.

Mit Zustimmung des Schatzamts darf das Gewerbeministerium allen Organisationen, welche die Arbeitslosenunterstützung eingeführt haben, aus Staatsmitteln Subventionen gewähren. Das Maximumausmaß der Staatssubvention beträgt ein Sechstel der Ausgaben, welche eine Organisation im vorausgegangenen Jahre für Arbeitslosenunterstützung machte. Bei Berechnung der Subvention bleiben Beträge außer acht, um die das wöchentliche Unterhaltungsmaß 12s überschreitet, ebenso Beträge, die einer Organisation, welche die Auszahlung der staatlichen Arbeitslosenunterstützung besorgt, zurückerstattet wurden.

Soziales.

Die Schnapsliebessgabe.

Moloch verspürt wieder Appetit. Das Deutsche Reich, so heißt es, bedarf einer stärkeren Nahrung, um der ihm drohenden Gefahren Herr zu werden. Die größten Anforderungen werden diesmal für das Landheer gestellt, dessen Friedenspräsenz um 20 000 Mann erhöht werden soll. Aber der Wassermilitarismus darf deshalb nicht vernachlässigt werden; auch der Bestand der Flotte soll eine beträchtliche Vermehrung erfahren. Diese Rüstungsvermehrung erfordert zusammen eine Mehrausgabe von durchschnittlich 130 Millionen Mark jährlich, welche der deutsche Reichstag gleich nach den Osterferien zugehen, und die Zuvorverpflicht, welche die Regierung hinsichtlich der Bewilligung ihrer Forderungen zur Schau trägt, scheint nicht unbegründet zu sein. Die Zeiten sind vorbei, wo militärische Forderungen auch bei bürgerlichen Parteien ernste Prüfung fanden. Zentrum und Liberalismus sind militärkom-

geworden und bewilligen mit Hurra, was der gefräßige Moloch verlangt. Die Sozialdemokratie ist die einzige Partei, welche das Volk davor schützen will, daß es in dem Rüstungszwinger erstickt.

Wenn so die neuen Militärforderungen auf einen ernstlichen Widerstand bei den bürgerlichen Parteien nicht zu rechnen haben, so wird doch die Militärvorlage indirekt schwerwiegende Auseinandersetzungen hervorrufen, die sich um die Dedungsfrage drehen. Diese Frage hat schon vorweg ein Opfer gefordert: Der Reichsschatzsekretär Wermuth ist in die Wüste geschickt worden. Im Anschluß an eine Konferenz der einzelstaatlichen Minister hat er seinen Abschied genommen.

Bei der ersten Lesung des Etats im Reichstag hat der Redner des Zentrums erklärt, daß die Rechte es als eine Bräuterei ansehen würde, wenn die Regierung wieder mit ihrem Erbschaftsteuerprojekt herauskäme, über welches seinerzeit der Reichstangler Wulow gestolpert ist. Der Schatzsekretär Wermuth hatte trotzdem die Verweissung, eine solche leberische Absicht zu äußern, aber Weismann-Hollweg will nicht mitmachen. Dieser Kanzler der gottgewollten Abhängigkeiten will nicht gegen die Schwarz-Blauen regieren und den Wünschen des Zentrums muß er um so mehr Rechnung tragen, als dieses durch die Ernennung eines ultramontanen Ministeriums in Bayern eine bedeutende Verstärkung erfahren hat.

In der am 11. März abgehaltenen Konferenz der einzelstaatlichen Minister einigte man sich darüber, eine Erbschaftsteuervorlage nicht einzubringen. Damit war der Schatzsekretär Wermuth, der dieses Projekt verfocht, fastgestellt und zum Rücktritt gezwungen. Dafür überraschte die Ministerkonferenz die Welt durch die Mitteilung, daß aus der Aufhebung der Schnapsliebessgabe die Mittel zur Dedung der Militärforderungen gewonnen werden sollen. An sich wirkt diese Ankündigung einigermaßen komisch, denn bei den ungeheueren Anforderungen, welche die Militärvorlage stellt, bedeutet der Ertrag der Liebessgabe mit jährlich etwa 85 Millionen Mark nicht viel mehr, als ein Tropfen auf den heißen Stein. Man wird sich also wohl noch nach weiteren Dedungsmitteln umsehen müssen.

Immerhin hat die Ankündigung der Aufhebung der Liebessgabe die gute Wirkung, daß die Aufmerksamkeit vieler Kreise wieder in verstärktem Maße auf diese Einrichtung gelenkt wird. Die Schnapsliebessgabe verdankt ihre Entstehung dem Branntweinsteuergesetz vom Jahre 1857. Damals wurde der Branntwein mit einer Verbrauchsabgabe von 70 Mk. pro Hektoliter belegt. Von einer bestimmten Menge des erzeugten Alkohols, dem „Kontingent“, wurde jedoch nur 60 Mk. Verbrauchsabgabe erhoben. Da aber das Kontingent kleiner war als die tatsächlich verbrauchte Menge Branntwein, konnte zu dem Verkaufspreis der gesamten in den Verkehr gebrachten Spiritusmenge die Verbrauchsabgabe in Höhe von 70 Mk. zugeschlagen werden. Das bedeutet ein bares Geschenk von 20 Mk. pro Hektoliter an die Brennereien, die an dem Kontingent beteiligt sind. Bei der Reform der Branntweinsteuer im Jahre 1909 wurde die Höhe der Verbrauchsabgabe auf 105 bzw. 125 Mk. erhöht. Die Spannung von 20 Mk. blieb also bestehen und somit die Liebessgabe für die Schnapsjunker unverkürzt erhalten.

In Gestalt der Liebessgabe wurde den Schnapsbrennern lange Jahre hindurch ein jährliches Geschenk in Höhe von etwa 40 bis 48 Millionen Mark aus der Reichskasse gewährt. Selbst im Jahre 1910/11, als infolge des von der Sozialdemokratie proklamierten Schnapsbojkotts der Branntweinverbrauch stark zurückging und die Regierung sich entschloß, um die gefährdete Liebessgabe zu retten, das Kontingent zu kürzen, flossen den Schnapsbrennern noch 31 180 000 Mk. an Liebessgaben zu.

Die Anhänger der Liebessgabe suchen es so hinzustellen, als sei die Liebessgabe eine Unterstützung, welche hauptsächlich den kleinen süddeutschen Obstbrennern zugute kommt. In Wirklichkeit erhielten aber die 61 000 süddeutschen Obstbrenner im Jahre 1910/11 zusammen nur 373 040 Mk., auf jede Obstbrennerei kommt somit durchschnittlich wenig mehr als 7 Mk. Die eigentlichen Liebessgutschneider sitzen in Estland. Von den 31 180 000 Mk., die im Jahre 1910/11 an Liebessgaben verteilt wurden, kamen allein 23 122 320 Mk. auf die landwirtschaftlichen Kartoffelbrennereien in Preußen. Und von dieser Summe floß der Löwenanteil in die unergieblichen Taschen der ostbaltischen Schnapsjunker. Insgesamt hat das Reich den Schnapsbrennern seit dem Jahre 1887 rund 1150 Millionen Mark an Liebessgaben geschenkt, ein Betrag, der sich auf 1800 Millionen Mark erhöht, wenn man Zins und Zinseszinsen hinzurechnet. Man sieht, das Reich läßt sich die Erhaltung der edlen Klasse der Schnapsjunker etwas kosten. Auf die notwendigen Bedarfsartikel der breiten Volksmassen werden unerbittlich immer neue Lasten gehäuft, um den Schnapsbrennern Liebessgaben besorgen zu können.

Es wäre aber ein Irrtum, wenn man annahm, daß den Zusehbreunern durch die Aufhebung der Liebessgabe ein großer Gewinn ausfallt entstände. Dafür ist mit Hilfe der Reichsregierung gründlich vorgesorgt worden. Weitren dem agrarischen Grundsatz: „Werne klagen, ohne zu leiden!“ ergeben die Liebessgabeninteressenten natürlich ein Mägelied über den in Aussicht stehenden Fortfall ihres Geschenkes aus der Reichskasse. In den agrarischen Blättern wird der Anspruch erhoben, die Schnapsbrenner für den Verlust der Liebessgabe anständig zu entschädigen. Aber dieser Anspruch ist in keiner Weise begründet. Nicht nur, daß es sich bei den Schnapsbrennern

um wohlhabende und reiche Leute handelt, während man die armen Tabakarbeiter und Händholzarbeiter, die durch die Finanzreform brotlos wurden, teils mit Wetteilepennigen abgesselt, teils ganz dem Elend überantwortet hat, die Schnapsinteressenten haben es zuwege gebracht, daß auch nach Fortfall der Liebessgabe ihr Profit keine Minderung erfährt. Das Mittel hierzu ist die Spirituszentrale.

Die Spirituszentrale ist eine Vereinigung der Spiritusinteressenten, deren Monopolstellung durch die Branntweinsteuerreform vom Jahre 1909 eine bedeutende Stärkung erfahren hat. Die Spiritusproduktion wurde durch dieses Gesetz beschränkt durch eine Straffensteuer, welche von der ein bestimmtes Maß übersteigenden Produktionsmenge entrichtet werden muß. Der Vergällungszwang verpflichtet die Produzenten, einen bestimmten Teil des erzeugten Spiritus für Trinkzwecke unbrauchbar zu machen. Dadurch wurden auch die unabhängigen Spiritusbrenner in die Spirituszentrale hineingedrängt, denn nur diese hat einen hinreichenden Absatz für denaturierten Spiritus, und ihr Geschäft wird erleichtert durch die Vorschrift, daß der „vergällte“ Branntwein im Kleinhandel nur in Gefäßen von bestimmter Größe, mindestens 1-Liter-Flaschen, verkauft werden darf. Da überdies die Einfuhr von Spiritus durch einen hohen Zoll ferngehalten wird, ist die Spirituszentrale imstande, die Preise nach Belieben festzusetzen. Von dieser Freiheit hat sie auch in ausreichendem Maße Gebrauch gemacht. Seit dem Inkrafttreten der Branntweinsteuervorlage im Jahre 1909 ist der Preis für Trinkbranntwein um mehr als 20 Mk. pro Hektoliter erhöht worden, und das Bekanntwerden des Planes der Aufhebung der Liebessgabe hat sofort eine weitere Erhöhung um 8 Mk. zur Folge gehabt. Die Schnapsbrenner haben sich also schon im voraus für den Fortfall der Liebessgabe sehr reichlich entschädigt.

Es ist möglich, ja sogar wahrscheinlich, daß die Aufhebung der Liebessgabe zur Folge haben wird, daß eine Reihe kleinerer Brennereien den Betrieb einstellen müssen. Die Schnapsbrennerei wird dadurch um so mehr ein Monopol der Großen. Die geplante Befestigung der Liebessgabe bringt also den ostbaltischen Schnapsjunkern nicht nur keinen Nachteil, sondern ist im Gegenteil ein Mittel, ihren Profit zu steigern. Vorausgesetzt, daß die ganze komplizierte Branntweinsteuergesetzgebung in ihrer jetzigen Form erhalten bleibt. Die Parteien, welche es nicht als eine Aufgabe des Reiches betrachten, das ostbaltische Junkertum mit Liebessgaben zu überschütten, werden sich deshalb nicht darauf beschränken dürfen, die Schnapsliebessgabe abzuschaffen, sondern sie werden die Gelegenheit benützen müssen, die ganze Branntweinbesteuerung auf eine gesunde Grundlage zu stellen. Unabhängig davon wird der Kampf gegen den Schnapskonsum mit vermehrter Kraft fortgeführt werden müssen.

Ob mit oder ohne Liebessgabe gleicht das reaktionäre Junkertum einen Hauptteil der Macht, mit welcher es die Unterdrückung der Arbeiterklasse betreibt, aus dem Schnaps. Diese Quelle muß ihm unterbunden werden. Die fortschreitende gewerkschaftliche Schulung muß im Arbeiter das Bedürfnis nach höheren Genüssen wecken. Nicht im Alkohol wollen wir unser Elend zu betäuben suchen, sondern mit klarem Kopf und fester Hand müssen wir an unserer Befreiung aus Not und Elend arbeiten. Die Stimmen, die jetzt noch für Alkohol angelegt werden, finden eine viel bessere Verwendung, wenn wir sie dazu benützen, unsere leibliche und geistige Kraft zu verbessern. Die Enthaltensamkeit vom Schnaps ist ein wirksamer Hebel für den Kulturfortschritt. Deshalb muß immer und immer wieder die Mahnung wiederholt werden:

„Arbeiter, trinkt keinen Schnaps!“

Eine Giffliste hat das Internationale Arbeitsamt herausgegeben. Diese Arbeit ist der Initiative der Internationalen Vereinigung für geschlichen Arbeiterschutz zu danken, die den Schutz der durch gewerbliche Gifte gefährdeten Arbeiter von Anfang an in ihr Arbeitsprogramm aufgenommen hat. Im Verfolg der auf diesem Gebiete liegenden Bestrebungen ergab sich das Bedürfnis nach einem Verzeichnis der in Betracht kommenden Gifte. Der erste Entwurf dieser Liste stammt von Professor Dr. Sommerfeld. Dieser Entwurf war wiederholt in den Generalversammlungen der Vereinigung Gegenstand der Besprechung, er wurde in der Folge vom Verfasser in Gemeinschaft mit dem Gewerbeinspektor Dr. Fischer umgearbeitet, in Spezialkommissionen eingehend nachgeprüft und nunmehr erst wurde das Werk der Öffentlichkeit übergeben. Es ist eine 80 Seiten starke Broschüre, die unter dem Titel „Liste der gewerblichen Gifte“ im Verlag von Gustav Fischer in Jena erschienen ist und im Buchhandel 1 Mk. kostet.

Die Art der Vorbereitung bürgt dafür, daß es sich um das Produkt einer sorgfamen und fleißigen Arbeit handelt. Die Broschüre enthält zunächst eine kurze Darstellung der Vorkommnisse und Vorkommen, denen sie ihre Entstehung verdankt, sodann ein alphabetisches Verzeichnis der Gifte. Die Industriezweige, in denen eine Vergiftung in Frage kommt, die Art und der Ort der Einwirkung des Giftes, die Vergiftungserscheinungen sowie die besonderen Maßnahmen gegen die Vergiftung werden hier erörtert. Eine Reihe von Leitfäden aus der Feder Gewerberat Dr. Fischers (Berlin) über die Steuergesetze der Betriebsleitungen und der Ärzte zu dieser Frage bildet den Abschluß zu dieser Arbeit. Bei der Bekämpfung der Giftdrohungen wird die Giffliste zweifellos gute Dienste leisten.

Die Verurteilung der Giftdrohungen ist in der Liste der Industriezweige, in welchen eine Vergiftung in Frage kommt, erfreulicherweise nur schwach vertreten. Als Drogen mit Giftstoffen wird u. a. das Zeilen von Holz mit Chromsäure genannt. Von der Gefährlichkeit des Methylalkohols, der in der Tischlerei und

Marientberg i. Erzgeb. Ueber ein umfangreiches Schindlerwerk verfügt der Inhaber der Holzdruckerei Arthur Denter in Roberthau und er macht von seinen daraus gewonnenen Kenntnissen regen Gebrauch. Kostproben davon bekommen selbst diejenigen Drechsler zu genießen, die als Selbständige bei ihm nur Raum und Kraft gemietet haben, denen er also überhaupt nichts zu sagen hat. Die Arbeitszeit im Betriebe ist noch recht lang. Die Drechsler verdienen im Nord 15—16 Mk. die Woche und müssen dabei noch das Werkzeug selbst stellen. Die Maschinenarbeiter haben einen Höchstlohn von 21 Pf. die Stunde. Die Maschinen stehen wie Kraut und Rüben durcheinander. Inakt nun hier Ordnung zu schaffen, entfällt der Unternehmer selbst alle Arbeiter ganz nach Willkür. So mußte erst unter Bevollmächtigten springen, der sechs Jahre im Betriebe stand. Ihm folgte alsbald der Drechslermeister mit zehn Jahren Beschäftigung. Weigerung ist hier nur zu erwarten, wenn sich die Arbeiter des Betriebes sämtlich organisieren.

Unsere Lohnbewegung.

Zu den in Nr. 13 aufgeführten Orten, in denen im Monat April dieses Jahres auf Grund tariflicher Vereinbarungen Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen eintreten, ist nachzutragen:

Worms (Wasserschneider): Sämtliche Stundenlöhne werden am 1. April um 1 Pf. erhöht. Der Mindeststundenlohn der Wasserschneider und Maschinenarbeiter steigt von 43 auf 44 Pf.

Die Tarifbewegung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet.

Ueber das Resultat der bisherigen örtlichen Verhandlungen läßt sich leider nicht viel Erreichtes berichten. Am 2. April versammelten sich in Hagen die Ortsparteien von Hagen, Lüdenscheid und Letmathe. Der letztere Ort ist nur in geringem Umfange an der Bewegung beteiligt, so daß eine Einigung nicht so schwer erschien, während die Unternehmern aus Lüdenscheid sich nach längerer Aussprache dazu bequigten, die Arbeitszeit, welche jetzt noch 50 Stunden pro Woche beträgt, um 1 1/2 Stunden auf 51 1/2 Stunden pro Woche zu verkürzen. Die Arbeitervertreter hielten ebenso stur an ihrer Forderung der vollständigen Arbeitszeit fest, so daß die Verhandlungen ergebnislos abgebrochen werden mußten.

Bei der Verhandlung über Hagen plahlen die Metallarbeiter noch mehr aufeinander. Von Unternehmerseite wurde mit aller Entschiedenheit jede Arbeitszeitverkürzung unter 54 Stunden pro Woche abgelehnt, und diese Erklärung wurde gleichzeitig als maßgeblich für Essen, Bochum und Dortmund bezeichnet. Die Arbeitervertreter betonten dagegen mit gleicher Entschiedenheit, daß ein neuer Vertrag ohne Arbeitszeitverkürzung in keinem Falle abgeschlossen würde. Damit war auch die Verhandlung für Hagen gescheitert.

In Dortmund wiederholte sich daselbe; auch hier mußten die Verhandlungen ergebnislos abgebrochen werden.

In Bezug auf Lohnerhöhungen lautete das Angebot der Arbeitgeber so: Am 1. August 1912 1 Pf., am 1. August 1913 1 Pf., am 1. August 1914 1 Pf.

Die wöchentliche Lohnzahlung wird überall abgelehnt. Anstatt der bisher dreitägigen wird die Zulässigkeit einer fünftägigen Arbeitszeit verlangt. Die Entschädigung für auswärtige Arbeiten, wobei Mittagessen außerhalb eingenommen werden muß, auf 1,20 Mk. zu erhöhen, lehnen die Arbeitgeber ebenfalls ab.

Es ist nun zwar vereinbart, daß am 10. April in Essen-Lüden weiter verhandelt wird, doch ist an beiden auf beiden Seiten nur noch geringe Hoffnung auf eine friedliche Verständigung vorhanden. Die Arbeitervertreter sind sich der auf ihnen ruhenden Verantwortung wohl bewußt, und sie lassen kein Mittel unversucht, um den Unternehmern die Notwendigkeit und Berechtigung ihrer Forderungen begreiflich zu machen. Aber wenn erst die „Grundfrage“ der Herren Arbeitgeber aufgeföhren sind, ist das Verhandeln gewöhnlich nicht mehr so leicht, dann nützen selbst die überzeugendsten Argumente nichts mehr. Unsere Kollegen müssen sich also auf alle Eventualitäten gefaßt machen.

In Berlin befinden sich die Normmacher in einer Lohnbewegung. Die Gestellarbeiter verlangen die 55stündige Arbeitszeit und eine zehnprozentige Lohnerhöhung. In den meisten Betrieben ist es gelungen, eine friedliche Verständigung herbeizuföhren. Nur bei Frank e waren die Kollegen genötigt, die Arbeit einzustellen. Es wird gebeten, den Zugang von Gestellarbeitern nach diesem Betrieb fernzuhalten. — Bei Steinmann ist ein zweijähriger Vertrag abgeschlossen worden, in welchem der Mindeststundenlohn auf 63 Pf. festgelegt ist. Der Arbeitsnachweis des Verbandes muß in erster Linie benutzt werden. Wie machen die Kollegen darauf aufmerksam, daß das Verleihen von Arbeit nicht gestattet ist. Ebenso darf der Arbeitsnachweis der Zimung bei Mäxner nicht benutzt werden. Unser Verbandsarbeitsnachweis befindet sich Engel-mer 15.

In Zugelinde-Mittelflosser ist der Streik der Tischler nach achtstägiger Dauer mit einem vollen Erfolg für die Gesellen beendet. Nachdem in der ersten Woche bereits drei Meister die Forderungen bewilligt hatten, konnte der Ausgang des Streiks nicht mehr zweifelhaft sein. Unsere Kommission wurde zu einer Verhandlung mit der Zimung eingeladen, an der auch der Gausvorsteher teilnahm, in der dann nach einigem Sträuben die Forderungen im vollen Umfange anerkannt wurden. Die Arbeitszeit wird sofort von 10 auf 9 1/2 Stunden verkürzt und der Lohn um 6 Pf. sofort und 4 Pf. ab 1. April 1913 erhöht. Der Mindestlohn ist 16 Pf., ab 1. April 1913 50 Pf. Der feste Zusammenhalt der Kollegen hat diesen schönen Erfolg gesiegt.

In den Elborten Westerhüsen bei der Firma Gerloff, in Frohse bei der Firma Weise und in Schönebeck bei der Firma Sonntag befinden sich sämtliche Schiffbauerkollegen. — Bei der ersten Firma seit 1. April und bei den beiden anderen seit 3. April — im Streik. Bei der Firma Gerloff war der bisher be-

stehende Vertrag zum 1. April zum Ablauf gelangt, allen drei Firmen war unsererseits der Abschluß eines neuen vierjährigen Vertrages angeboten worden, wenn die Verkürzung der Arbeitszeit im Sommer von 60 auf 50 Stunden wöchentlich zugestanden würde — im Winterhalbjahr wird nur während des Tageslichts gearbeitet —, des weiteren 5 Pf. Lohnerhöhung pro Stunde, 80 Pf. Stundenlohn bei Invariarbeiten, 10 Pf. Zuschlag für Ueberstunden und 1,50 Mk. Zuschlag täglich bei auswärtigen Arbeiten ohne Ueberstunden bezw. 3 Mk. mit Ueberstunden. Alle drei Arbeitgeber suchten sich mit Konkurrenzschwierigkeiten um die Bewilligung herumzureden und verschoben den Anfang damit zu machen immer von einem auf den anderen. Dabei sind sie auch jetzt noch. Aber es drückt sie doch; sie inserieren nämlich schon nach Unorganisierten. Jeder Kollege wird deswegen vor Ausnahme von Arbeit auf diesen drei Werken gewarnt.

In Erfurt bestehen bei der Firma Mahmenwalter zurzeit Lohnhöhen. Da es sich nur um Anerkennung des hier bestehenden Vertrages handelt, aber Herr Walther nicht gewillt ist, denselben bezüglich des Lohnes anzuerkennen, so werden alle Vergolder, Mahmenmacher und Tischler gebeten, die Firma nicht mit Arbeitsangeboten zu belästigen, sondern Erfurt vorläufig zu meiden.

In Frankfurt a. M. dehnt sich der Streik in der Metallindustrie weiter aus. In den „Adlerwerken“, Fabrikation für Automobile, Fahrräder und Schreibmaschinen, befinden sich seit 20. März rund 2500 Mann von 3000 im Ausstand, darunter 101 Wagner, 65 Schreiner und 7 Modellschreiner. Von den Holzarbeitern sind nur 2 Mann stehen geblieben, auch einige Unorganisierte haben ihre Arbeitsplätze verlassen; die Lackierer- und Sattlerwerkstätten stehen vollständig leer. Auch in der Fabrik landwirtschaftlicher Maschinen Maybach u. Co. sind 600 Mann, darunter 60 Holzarbeiter, ausständig. In den nächsten Tagen werden noch die Fabriken von Pofory und Wittelind mit 600 und Fries Sohn mit 650 Arbeitern im Streik stehen. In den letzteren zwei Betrieben kommen für die Holzarbeiter die Modellschreiner mit circa 40 bis 50 Mann in Betracht. In all diesen Betrieben handelt es sich vornehmlich um die Verkürzung der Arbeitszeit von 57 auf 54 Stunden. Die Holzarbeiter haben daran ein ganz besonderes Interesse, nachdem in den Frankfurter Schreinerbetrieben die 55stündige Arbeitszeit seit Jahren eingeföhrt ist und auch für die Wagner eine 55stündige Arbeitszeit besteht. Auf die Adlerwerke werden gerade die dort in geringer Zahl vertretenen Verufe einen starken Druck ausüben können, handelt es sich doch bei den Wagnern lediglich um Kastenmacher und Kastenhefter, die im allgemeinen sehr gesucht sind und die den gesamten Automobilbau lahmlegen. Auch die Autolackierer sind schwer zu ersetzen, und dürfte wohl die Direktion alsbald ihren Herrenstandpunkt aufzugeben gezwungen werden. Daß in einer Großstadt noch eine 57stündige Arbeitszeit besteht, zeigt schon, daß es sich um zurückgebliebene Betriebe handelt, und dürfte es der Direktion auch schwer fallen, ihren Standpunkt in der Öffentlichkeit zu rechtfertigen. Für Modellschreiner und Wagner ist also der Zugang nach Frankfurt a. M. fernzuhalten.

In Ilksteinberg a. S. sind am 2. April die Normmacher in den Streik getreten. Die reisenden Kollegen werden deshalb gebeten, unseren Ort vorläufig zu meiden.

In Wörlitz sind in der Waggonfabrik von rund 1600 Beschäftigten 1200 in den Ausstand getreten. Waren die niederen Löhne, 27 bis 31 Pf. pro Stunde für Handarbeiter und 28 bis 40 Pf. pro Stunde für gelernte Affordarbeiter, schon anfangs, hier einmal Remedur zu schaffen, so hatten sich die Verhältnisse in letzter Zeit so zugepunkt, daß die Arbeiter zum Neuzerren getrieben wurden. Durch Einführung eines neuen Kalkulationssystems sollte versucht werden, die Affordpreise zu reduzieren. Eine entsprechende Lohnerhöhung lehnte die Zimung ab. Ein Pfennig pro Stunde einschließlich Lohnausgleich für 1 Stunde Arbeitszeitverkürzung erschien der Direktion hinreichend genügend für die Lohnarbeiter. Ebenso wurde der Arbeiterschaft ein Mitbestimmungsrecht in Form von Lohnkommissionen zur Festlegung der jetzt neuverordneten Affordpreise versagt. Betreffend sind an der Arbeitszeitverkürzung die in Frage kommenden freien Gewerkschaften, die Gewerksvereine und der Christliche Holzarbeiterverband.

In Guben erhielten die Normmacher ihre Forderungen bei sechs Firmen bewilligt. Dagegen verhält sich Normmachermeister May Dresse ablehnend. Derselbe hat stets und ständig, so auch im vorigen Jahre, nur mit Hän- gen und Würgen magere Zugeständnisse gemacht. Wir suchen die Kollegen, den Zugang nach hier streng fernzuhalten, damit der Sieg unser ist.

In Ulitz bestand seither noch die 63stündige Arbeitszeit und das Kost- und Logiswesen beim Arbeitgeber. Eine Änderung war bisher nicht möglich, weil die Organisation am Orte noch ungenügend ausgebaut war. Dieses hatte sich jetzt etwas gebessert, und es gelang denn auch, ohne Kampf annehmbare Vorteile zu erzielen. Das Kost- und Logiswesen beim Arbeitgeber wurde abgeschafft, die Arbeitszeit wurde sofort auf 60 Stunden, 1914 auf 59 Stunden und 1915 auf 58 Stunden verkürzt. Die Löhne werden erhöht sofort um 3 Pf., 1913 um 2 Pf., 1914 und 1915 um je 1 Pf., also insgesamt um 7 Pf. Der Minimallohn steigt während der Vertragsperiode auf 38 Pf. Zu den ersten Ansturm ist dieser Erfolg immerhin beachtenswert. Mögen die Kollegen am Orte nun die Organisation nach innen und außen weiter ausbauen, damit später weitere Vorteile erzielt werden können.

In Mühlhausen hatten die Normmacher ihren Tarifvertrag vom 1. April 1910 gekündigt und führten die Verhandlungen vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts zu einem befriedigenden Abschluß. Die Arbeitszeit wird nun innerhalb der Dauer des neuen Vertrages von 67 auf 54 Stunden herabgesetzt. Die Mindestlöhne betragen für Gestellarbeiter 55 Pf., ab 1. April 1914 58 Pf.; für geschnitzte Arbeit 50, ab 1914 53 Pf. Die Löhne sämtlicher Arbeiter erhöhen sich sofort um 5 Pf., ab 1. April 1914 um 3 Pf. pro Stunde. Für Ueberstunden und Sonn- und Feiertagsarbeiten werden 50 Pf. Zuschlag gewährt. Der Tarif hat Gültigkeit bis 1. April 1916. Ferner gelang es noch, die Affordpreise für Meise- und Wagschörbe festzusetzen

und eine einheitliche Bezahlung dieser Arbeit herbeizuföhren. Diesen schönen Erfolg verdanken die Normmacher ihrer guten Organisation und ihrem starken Zusammenhalt. Aufgabe derselben wird es sein, über die Einhaltung der Erzeugnisse ein wachsames Auge zu haben und Unregelmäßigkeiten sofort entgegenzutreten.

In Schönlange dauert der Streik unserer Kollegen unverändert fort. Mit Befriedigung muß es erfüllen, daß unter den Streikenden, von welchen ein Teil dem Christlichen Verband angehört, volle Einmütigkeit und Geschlossenheit herrscht und alle sonst trennenden Momente im Interesse der günstigen Durchführung des Kampfes in den Hintergrund treten. Um der Einwohnerschaft Schönlanges Gelegenheit zu geben, sich über die Beweggründe des Streiks zu informieren, fand am 2. April eine öffentliche Versammlung statt, wozu auch die Arbeitgeber in der Holzindustrie besonders eingeladen, aber nicht erschienen waren. Allerdings würden ihnen die in der Versammlung vorgebrachten Tatsachen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Schönlanger Holzarbeiter, für die im Schiedsspruch eine zeitgemäße Verbesserung vorgesehen war, nicht angenehm in die Ohren klingen haben. Weiter wurde von den einzelnen Meßern das Verhalten der Polizeibehörde, die ohne rechtlichen Grund die Streikposten mit Strafmandaten überhäufte, gebührend gekennzeichnet. Energische Zurückweisung fand auch das Verhalten der Amts- und Provinzialblätter, die nach alibefannten Mustern die Streikenden mit Verleumdungen übersähten. Bemerkenswert ist noch, daß die Fabrikanten, allen voran die Kleinen, die in erster Linie das Bad werden auskühlen müssen, die einzelnen Streikenden in deren Wohnung aufsuchten, um sie für Herausfordernde einzufangen. Die Kollegen sind aber den Lockrufen nicht gefolgt. Vertrauens auf ihre Organisation, werden sie auch fürderhin einig und geschlossen den Kampf führen, um dadurch ihre Lebensverhältnisse auf eine gesündere Grundlage zu stellen.

In Etade sind die Tischler, nachdem die Verhandlungen an der Weigerung der Meister bezüglich der Hauptforderungen, Verkürzung der Arbeitszeit von 67 auf 54 Stunden mit entsprechender Lohnerhöhung, gescheitert sind, am 1. April in Streik getreten. Zugang ist fernzuhalten.

Nusland.

In Chur in der Schweiz stehen seit dem 1. April sämtliche Wagner im Streik. Da damit gerechnet werden muß, daß die Meister in Deutschland nach Arbeitswilligen suchen, wird um Fernhaltung des Zuguges besonders dringend gebeten.

Aus der Holzindustrie.

Aus den Jahresberichten der Zahlstellen.

Die Zahlstelle Bremerhaven berichtet in ausführlicher Weise über eine im November 1911 aufgenommene Statistik über die Organisations- und Lohnverhältnisse der Betriebe. Von der Aufnahme sind 107 Betriebe mit 1628 Beschäftigten erfasst worden. Von den letzteren entfallen allerdings allein 1094 auf sechs Werften. Vier Holzbearbeitungsfabriken beschäftigen 181 Arbeiter, unter denen bilden, sobald die 19 Normmacherbetriebe mit 142 Arbeitern, die wohl zumeist auf den Nachbarort Wulsdorf entfallen dürften. Die Stundenlöhne der Befragten bewegen sich in der Hauptsache zwischen 40 und 60 Pf., 830 beziehen solche von 46—50 Pf., 505 haben 51—55 Pf., nur 20 haben höhere Löhne. Von jenen 1628 Personen gehörten 1211 unserem Verbands, 133 anderen Organisationen an, während 284 noch unorganisiert waren. Die Zahlstelle selbst umfaßte am Jahreschluss 1911 zusammen 1835 Mitglieder gegen 1142 bei Beginn des Jahres. Interessant ist, daß die Mitglieder sich allein auf 11 Wohnorte verteilen, und ein kleiner Teil ständig „auf See“ ist. Finanziell hat sich die Zahlstelle im letzten Jahr sehr gut herausgemacht, ihr Gesamtvermögen stieg von 4015 Mk. auf 7887 Mk.

Die Zahlstelle Breslau berichtet über ein Jahr riestiger Arbeitsleistung. Tatsächlich nimmt die Darstellung der Lohnbewegungen den weitaus größten Teil des Berichtes ein. Bekanntlich wurde im Frühjahr vorigen Jahres in Breslau die Arbeit eingestellt, weil die Kollegen mit den Ergebnissen der Tarifbewegung nicht einverstanden waren. Der zweimöchige Streik, an welchem 1287 Kollegen beteiligt waren, hat der Lokalfasse circa 33 000 Mk. Kosten verursacht. Der Verbandsvorstand hatte die Zustimmung zu diesem Streik nicht gegeben und dementsprechend auch die Unterstützung aus der Hauptkasse abgelehnt. Dagegen erhielten die vorher in 13 Betrieben entlassenen über 90 Kollegen die Gemeinnützigkeitsunterstützung aus der Verbandskasse. Es war begreiflich, daß die Ablehnung der Unterstützung bei den Kollegen Mißstimmung ausgelöst hat, doch konstatiert der Bericht, daß eine Versammlung, in welcher Kollege Leibart über die Gefahren und Vorteile der Tarifpolitik referierte, versöhnend auf die Kollegen eingewirkt habe. Daß die unangenehmen Vorkommnisse keinen dauernden Nachteil gebracht haben, beweist die erfreuliche Steigerung der Mitgliederzahl, welche von 2658 auf 2852 angewachsen ist. Es scheint, daß der Bericht mit der Konstatierung der Tatsache, daß „das Resultat unserer Tarifbewegung ein großer Erfolg war“, nicht nur die Ansicht der Verwaltung, sondern auch die der Mitglieder wiedergibt.

Die Zahlstelle München gibt einen gedrungen Bericht gemeinsam mit dem Gausvorstand heraus. Die Zahlstelle hat sich im Jahre 1911 recht gut entwickelt. Die Mitgliederzahl stieg von 4471 auf 5056, darunter 371 weibliche und 4 jugendliche. Am Schluss des Vorjahres waren mit 817 weibliche Mitglieder gezählt worden; die Agitation unter den Arbeiterinnen hat also gute Erfolge gezeitigt. Die Lohnbewegung war im Jahre 1911 nicht sehr umfangreich; bemerkenswert ist der Neuausschlag des Vergoldertarifs. Die Schlichtungskommission trat in sieben Fällen zusammen, in mehreren Fällen, in denen eine Verständigung nicht zu erzielen war, wurde das Gewerbegericht zur Entscheidung angerufen. Ueber die Arbeitslosigkeit und Krankheit bringt der Bericht graphische Darstellungen, aus welchen ersichtlich ist, daß die Arbeitslosigkeit zu Beginn des Jahres viel stärker war, als in der gleichen Zeit des Vorjahres, dagegen sank die Zahl der Arbeitslosen in den Sommermonaten sehr stark herab. Insgesamt erhielten

1470 arbeitslose Kollegen aus der Haupt- und Lokalkasse 28 853 Mk. und 1958 frante Kollegen 24 877 Mk. Unterstützung. Von den Verleihen der Sektionen ist besonders bemerkenswert der der Maschinenarbeiter, der eine aus schließlich Unfallstatistik enthält, welche sich auf 88 Personen erstreckt, die 60 Unfälle erlitten. Die Unfallkasse der Sektion hat 867 Mk. ausbezahlt und hatte am Jahreschluss einen Bestand von 18458 Mk. Dieser Kasse gehören 411 Kollegen an. Eine Lohnstatistik der Bau- und Möbelschreiner umfasst 2019 Kollegen mit einem durchschnittlichen Stundenlohn von 0,10 Pf. Der Durchschnittslohn ist in andauernder Aufwärtsbewegung begriffen. Er betrug 1906: 58,5 Pf., 1907: 55,7 Pf., 1908: 50,7 Pf., 1909: 58,2 Pf., 1910: 50,7 Pf., im 1911 auf 61,0 Pf. zu steigen. Auch die Lokalkasse hat sich gut entwickelt; sie hatte am Jahreschluss ein Einkommen von 50 000 Mk. Anteil am Gewerkschaftshause einen Bestand von 105 207 Mk. Schließlich sei noch der Jahresbericht der Zentralkommission der Porzellan- und Glasarbeiter erwähnt, der dem Bericht als Anhang beigegeben ist.

Der Bericht der Zentralkommission Nürnberg sagt einleitend, daß das Jahr 1911 hauptsächlich dem inneren Ausbau der Organisation am Ort galt. Daß auf diesem Gebiete gute Arbeit geleistet wurde, zeigt die Steigerung der Mitgliederzahl um 575. Am Schluss des Jahres 1911 zählte die Zentralkommission 6814 Mitglieder, darunter 2274 weibliche. Interessant ist auch die Konstatierung der Tatsache, daß die Uebervachung, Ausgestaltung und Erhaltung der Tarifverträge mehr Mühe und Arbeit verursachen, als deren Zustandekommen, obwohl dem Abschluß der Verträge schwere und heftige Lohnkämpfe vorausgegangen waren. Die Darstellung der wichtigsten Vertragsdifferenzen bestätigt, daß alle Versuche, die Interessen der Kollegen zu schädigen, mit Erfolg zurückgewiesen wurden. Eine ausführliche Arbeitslosenstatistik läßt erkennen, daß die Arbeitslosigkeit im ganzen sich etwa auf der Höhe des Vorjahres gehalten hat. Von insgesamt 1010 Kollegen und Kolleginnen, die sich arbeitslos gemeldet haben, erhielten 553 an Unterstützung aus der Haupt- und Lokalkasse zusammen 15 607,42 Mk. Im Jahre 1910 hatten von 1037 arbeitslos Gemeldeten 633 eine Unterstützung von insgesamt 15 731,74 Mk. erhalten. Erhebliche Unterschiede weisen aber einzelne Branchen auf. Während z. B. die Schreiner im Jahre 1910 insgesamt 8741 Mk. Unterstützung bezogen hatten, ging deren Anteil im Jahre 1911 auf 4774 Mk. zurück, dagegen stieg der Anteil der Kleinfabrikanten von 308 Mk. auf 2099 Mk., der der Porzellan- und Glasarbeiter von 409 Mk. auf 1299 Mk. Die Krankheitsunterstützung weist ähnliche Unterschiede auf. Der Gesamtaufwand für diese Unterstützung betrug 20 255,25 Mk., gegen 21 611,20 Mk. im Jahre 1910.

Pantinenmacher. In der Nummer vom 1. April veröffentlicht das „Generalblatt“ (Unternehmerorgan) ein mit W. M. und N. S. gezeichnetes Eingeladene, in dem den Arbeitern — „Nagel mit Holzschrauben“ — unter anderen kräftigen Worten ein „Einmütiges in die freie Gewerkschaften“ und „Zum Teufel mit allen Schlafmützen“ zugerufen wird. Im speziellen wird jedoch der Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands empfohlen.

Uns erscheint es zunächst einigermaßen zweifelhaft, daß Mitglieder einer freien Gewerkschaft ausgerechnet ein Unternehmerorgan dazu benutzen, um für ihren Verband Propaganda zu machen, zumal doch bekannt ist, daß in diesem Organ verschiedentlich Stellung genommen ist gegen eine freie Gewerkschaft. Dem Holzarbeiterverband, und andererseits die Sonderblindelei propagiert wurde. Es liegt daher die Annahme nahe, daß das Unternehmerorgan, nachdem es sich davon überzeugt haben dürfte, daß die bisherigen Verordnungen gegen den Holzarbeiterverband erfolglos geblieben sind, auf diesem neuen Wege die Verunsicherungen glaubt unterstützen zu können. Die Unternehmer werden ihm diesen Vorstoß sicher nicht verzeihen.

Von den Perlmutterknopfdrehern im Auslande. In Wien fand am 18. März ein „Allgemeiner Perlmutterknopfdrehertag“ statt, der bezweckte, der Ausbeutung der Meister durch die Rohmaterialhändler und die Exporteure Einhalt zu tun. Charakteristisch für das Abhängigkeitsverhältnis, in dem sich die Meister von jenen befinden, ist die Tatsache, daß die Einberufung dieser Versammlung von einem außerhalb des Berufes Stehenden erfolgt war, weil die Meister seither aus Furcht vor einer Maßregelung durch die Exporteure kein offenes Wort wagten. Auch die über diese Zusammenkunft veröffentlichten Berichte vermeiden es aus gleichem Grunde, die Namen der Redner zu nennen. Anwesend waren zu jener Tagung etwa 300 Knopfdrehmeister aus Wien, Niederösterreich, Mähren und Böhmen. Die Klagen gingen besonders dahin, daß die Meister gar nicht oder nur um wenige Heller netto zu verdienen, während z. B. ostindische Perlmutter heute 300 Pf. früher 140 Kronen pro 100 Kilo koste. Die Händler hätten die Verkaufspreise erhöht und jeden den Gewinn in die Tasche. Auf der anderen Seite suchten die Materialhändler die Meister durch „Mischungen“ zu überbieten. Zur Abhilfe dieser Mischungen wurde nun die Stärkung der Meisterorganisation verlangt. Von dieser sollen Nettohöfe ausgearbeitet und durchgeführt werden.

Der Lohn der Gehilfenorganisation, des österreichischen Perlmutterknopfdrehers, Kollege Suchner, der zu diesem Meisterkongress ebenfalls eingeladen war, zeigte den Verhältnissen, wie sie durch ihre eigene Mächtigkeitsliebe ihre Lieferpreise selbst niedergebissen haben. Er versprach ihnen aber auch andererseits die Sympathie der Arbeiter in ihrem Streben, wenn sie deren Organisation sowie die Lohnsätze anerkennen.

Wie hier in Österreich die Kleinmeister sich gegen die Macht der Exporteure wehren, so stehen gleichzeitig im fernsten Nordamerika die Knopfabriker mit ihren Fabrikanten im Kampfe. Der Hauptort der Perlmutterknopfabrikation der nordamerikanischen Union ist das etwa 7000 Einwohner zählende Städtchen Mustine im Staate Iowa. Das Rohmaterial liefern die Flußläufe des Mississippi und des Ohio, wo die Muscheln wegen der darin enthaltenen Perlen gefischt werden. Der Verdienst der Knopfabriker beträgt oft nur 6-7 Dollar, höchstens jedoch 9-12 Dollar die Woche. Das Polieren und Bohren

der Knöpfe erfolgt durch Maschinen, die von Mädchen und Frauen bedient werden. Weibliche Arbeitskräfte verdienen auch das Sortieren und Aufnehmen der Knöpfe. Seit November 1910 besteht nun in Mustine eine Organisation der Knopfmacher, der etwa 2000 männliche und 1000 weibliche Personen angehören. Außerdem umfasst eine Jugendabteilung etwa 600 Mitglieder. Seit dem 25. Februar 1911 steht nun diese Organisation im Kampfe mit den neun Fabrikanten des Ortes. Die Hauptforderung der Arbeiter ist, daß das Abnehmen der Knöpfe ihrer Kontrolle unterstellt wird. Die Knopfschneider erhalten nämlich 5-12 Cent für das Gros, müssen aber dafür 108 bis zu 220 Knöpfe statt 141 liefern. Abgezählt wird aber immer nur ein Gros, das neuwogen und zur Grundlage der Berechnung der Abrechnung nach dem Gewicht gemacht wird. Dabei sollen die abnehmenden Wertmeister viel in die Tasche des Fabrikanten stecken. Diese wiederum wollen die lästige Kontrollantenorganisation los sein. Sie haben deshalb, wie auch in Deutschland üblich, Postzeit und Gerichte gegen die Arbeiter mobil gemacht. Diese aber wollen den Kampf weiter führen und veranlassen jetzt unter der amerikanischen Arbeiterschaft Geldsammlungen. Hoffentlich gelingt es ihnen, den langdauernden Lohnkampf mit Erfolg zu Ende zu führen.

Gewerkschaftliches.

Der weiße Schrecken im Ruhrrevier.

Die streikenden Ruhrbergleute sind niedergezwungen. Der christliche Streikbrecherverband hat eine Verräterung der Lage der Bergarbeiter erfolgreich verhindert. Die Verräter an der Arbeiterfront hätten aber ihren Zweck nicht erreicht, wenn nicht der Staat mit seinen Machtmitteln den bedrängten Zechenbaronen zu Hilfe gerufen wäre. Die Polizeistrafen, die mit unerhörtem Terror aus gegen die Streikenden wütheten, würden in ihrem Tun durch das abkommandierte Militär unterstützt, so daß die Bergleute gezwungen waren, den Kampf abzubrechen. Die Bergarbeiter befehligen aber die „Streik“ werden ihres Erfolges nicht froh werden. Es ist vergebliche Mühe, daß die christlichen Väter mit den Organen der Schürfnader um die Rechte Gilt und Galle gegen die unterlegenen Arbeiter speien; das Kennzeichen des Verrats an den Arbeiterinteressen kann die Streikbrechererschaft nicht von sich abwenden.

Daß die Bergherren jetzt noch an ihren Sklaven nehmen viele von ihnen maßregeln und die Kontraktbruchstrafe in Höhe von sechs Schichtlöhnen unerbittlich einstreifen, ist zwar wenig edel, aber Edelmut war noch nie die starke Seite der Kapitalisten, die sich in ihren heiligen Gütern, nämlich am Geldbeutel, gekränkt fühlen. Wäre das die einzige unmittelbare Folge des Streiks, dann würde man sich, so schmerzhaft auch die Betroffenen die Noth der Zechenbesitzer empfinden, kaum sonderlich darüber aufregen. Jörn und Entstellung muß aber jeden menschlich Fühlenden erschauern, wenn man sieht, wie jetzt die Justiz das Nachsichtswort an den besiegten Bergarbeitern ausstößt. Wer die Tätigkeit der Streikgerichtshöfe im Ruhrgebiet beobachtet, der wird gründlich von der Meinung kurirt, als ob die deutsche Justiz streng und gerecht ohne Ansehen der Person urtheile.

Eine fürchterliche Denunzationsfrenze ist im Ruhrrevier zum Ausbruch gekommen und sie wird von dem christlichen Streikbrecherverband nach Kräften gefördert. Mehr als 2200 Strafanzeigen sind erstattet, und die Denunzationen nehmen kein Ende. Bei den Gerichten im Ruhrrevier sind besondere Kammern eingerichtet, denen alle Streikfäden überwiesen werden. Dieses Verfahren entspricht zwar nicht den gesetzlichen Vorschriften, aber die Streikgerichtshöfe rechtfertigen die in sie gesetzten Erwartungen. Mit ungeheurer Eizigkeit arbeitet die Justiz, die gesetzlich vorgeschriebenen Fristen zwischen Zustellung der Klage und Hauptverhandlung werden öfters nicht eingehalten. Bei den mit dem Mechanismus des Gewerkschaftsrechts nicht vertrauten Arbeitern kostet es keine besondere Mühe, sie zum Verzicht auf die Fristen zu veranlassen.

In den Verhandlungen selbst wird häufig die Ladung von Entlastungszeugen mit der Begründung abgelehnt, daß durch deren Aussage das Zeugnis des eidlich vernommenen Gendarmen oder Polizisten nicht erschüttert werden könne. Für die Objektivität der Richter ist eine Mitteilung kennzeichnend, die ein Rechtsanwalt, der in Streikprozessen als Verteidiger fungierte, in einer Versammlung gemacht hat. Danach sind in den Akten immer die Antworten auf die Frage, ob der Angeklagte am Streik beteiligt war, unterzogen. Ebenso die Antwort auf die Frage, ob der Angeklagte organisiert sei. Die Zugehörigkeit zur Organisation ist gesetzlich zulässig und ebenso die Teilnahme am Streik. Daß die Richter es für angemessen halten, diese Tatsachen in den Akten besonders zu unterstreichen, läßt vermuten, daß sie es als erschwerende Momente erachten, wenn Arbeiter von diesen ihren gesetzlichen Rechten Gebrauch machen.

Das fürchterlichste aber sind die Strafen, welche von den Gerichten mit verschwenderischer Fülle über die angeklagten Arbeiter und Arbeiterinnen verhängt werden. Als Muster bringen wir eine kleine Blütenlese von Urteilen, die wir der „Bergarbeiter-Zeitung“ entnehmen. Es wurden beurteilt:

Ignaz K. aus Kirchderne für die Worte „Pfiu, Streikbrecher“ zu 1 Monat Gefängnis.
Frau Lina K. aus Iperbed wegen des Wortes „Streikbrecher“ zu 14 Tagen Gefängnis.
Johann K. aus Bradel hatte „Streikbrecher“ und „Diebstahl“ gerufen, 4 Wochen Gefängnis.
Friedrich S. und Max A. aus Günnigfeld titulierten Arbeitswillige als „Judas“ und „Streikbrecher“. Urteil: je 2 Monate Gefängnis.

Johann K. aus Wattencheid erhielt wegen des gleichen Titels 6 Wochen Gefängnis.
Die Bergarbeiterfrauen Ida Sch. und Agnes D. aus Herne für die Ausrufung „Pfiu, Streikbrecher“ je 1 Monat Gefängnis.
Edmund W. aus Essen für „Streikbrecher“ 1 Monat Gefängnis.
Johann D. aus Buer für „Pfiu, Buchhäuser, Streikbrecher“ 3 Monate Gefängnis.
Wilhelm M. aus Mabbob hatte Goldaten mit „Lumpen“ beschimpft; Urteil: 2 Monate Gefängnis.
Ludwig P. aus Werne für „Streikbrecher“ und „Lump“ 3 Wochen Gefängnis.
Frau Luise K. aus Herne für „Streikbrecher“ 1 Monat Gefängnis.
W. St. aus Eddingen für „Streikbrecher“ 1 Monat Gefängnis.
W. aus Medlinghausen für „Pfiu“ 6 Wochen Gefängnis.

Diese Liste ließe sich noch ins Unendliche vermehren. Dabei ist zu beachten, daß es sich in all diesen Fällen nur um Worte handelte, die den garbeitslosen Streikbrechern zugerufen wurden, um eine durchaus zutreffende Charakterisierung dieser zweifelhaften Ehrenmänner. Hiernach kann man sich leicht vorstellen, wie die Urteile in den Fällen ausfallen, in welchen so ein „nützliches Element“ wirklich einmal etwas unfaßt angefaßt wurde. Der bereits erwähnte Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Lehy, sagte in einer Rede, die er in einer vom Essener Gewerkschaftsrat einberufenen Versammlung in bezug auf die dort beliebte Gerechtigkeitspflege hielt:

„Auf jeden gerecht denkenden Menschen macht die Streikjustiz den Eindruck der Klassenjustiz. Wir müssen Gerechtigkeit für alle Stände fordern. Das Denunzationswesen treibt die tollsten Missetaten. Eine Schwägerin hat ihren Schwager, mit dem sie in Familienstreitigkeiten liegt, der Streikjustiz ans Messer geliefert. Dabei entsprechen die Angaben nicht einmal der Wahrheit. Der weiße Schrecken wird das Gegenteil von dem erreichen, was er strebt wird.“

Der, nebenbei bemerkt, nichtsozialdemokratische Rechtsanwalt hat mit diesen Worten der Empfindung Ausdruck gegeben, welche die Millionen beherzigen, die das Wüten der Streikjustiz im Ruhrgebiet verfolgen. Der Klassenhaß, welcher der Justiz die Aufgabe zuweist, in solcher Weise Rache zu nehmen für die Verletzung der Profitinteressen der Zechenkapitalisten, spielt ein gefährliches Spiel. Es ist eine Drachengestalt, die er ausstreut. Wenn man es darauf angelegt hätte, daß gegen die herrschende Wirtschaftsordnung, Verachtung gegen ihre dienstwillige Justiz zu zücken, man hätte kein besseres Mittel anwenden können, als die zurzeit im Ruhrgebiet geübte Gerechtigkeitspflege.

Der Kampf gegen das Koalitionsrecht treibt immer sonderbarere Blüten. Das Streikpostensystem ist zwar gesetzlich erlaubt, aber erfahrungsgemäß laufen die Arbeiter, die von diesem gesetzlichen Recht Gebrauch machen, Gefahr, bestraft zu werden. Dieses Ziel wurde bisher in der Regel durch entsprechende Instruktion der Polizisten zu erreichen gesucht. Diese erhielten von ihren Vorgesetzten den Befehl, die Streikposten fortzuweisen und gegen diejenigen, welche der ungeheuerlichen Polizeiforderung gegenüber ihr gesetzliches Recht betonten, mit Strafanzeigen vorzugehen. Dabei hat sich der Zustand herausgebildet, daß, wenn der vor Gericht als Zeuge vernommene Schuttmann wahrheitsgemäß aussagte, daß er den betreffenden fortgewiesen habe, weil er Streikposten gestanden hat, der Angeklagte freigesprochen wurde. Eine Verurteilung erfolgte aber dann, wenn der Polizist behauptete, seine Anordnung im Interesse der ordnungsmäßigen Abwicklung des Verkehrs gestossen zu haben. Daß der Streikposten oft der einzige Mensch auf der Straße war und von einer Verleumdung keine Rede sein konnte, stört unsere Richter weiter nicht; sie beugen sich willig der Majestät des Schuttmanns, dessen Behauptungen sie als ein Evangelium hinnehmen.

Dieses Mittel, die Arbeiter, die von ihren Rechten Gebrauch machen, zu schikanieren, scheint aber nicht zu genügen. Elberfelder Richter haben sich das Verdienst erworben, eine in Deutschland bisher noch nicht angewendete Methode entdeckt zu haben, mittels welcher den Arbeitern das Koalitionsrecht verkleinert werden kann. Die Solinger Schneidemeister haben ihre Arbeiter ausgesperrt und sie empfinden es unangenehm, daß diese nicht zu Kreuzen kriechen, sondern Streikposten aufstellen, um Arbeitswillige fernzuhalten. Die Unternehmer wandten sich an das Landgericht Elberfeld und dieses hatte Verständnis für ihre Schmerzen, wie die nachstehende einstweilige Verfügung genehmigt:

„In Sachen 1. der Firma G. Armeier, offene Handelsgesellschaft, 2. der Firma S. Gerner, 3. der Firma W. Oppenheimer, sämtlich in Solingen, Antragstellerinnen, vertreten durch die Rechtsanwälte Gsch und Dr. Maull in Elberfeld, gegen (folgen von 1 bis 31 die Namen von 29 Schneidern, einem Buchdrucker und unter Nr. 21 die Ortsgruppe Solingen des Verbandes der Schneider und Schneiderinnen) Antraggegner, hat das königliche Landgericht, Zivilkammer 3, am 23. März 1912 für Recht erkannt:

Im Wege der einstweiligen Verfügung wird gemäß §§ 928, 940, 890 der Zivilprozessordnung den Antraggegnern zu 1 bis 31 unter Androhung einer Haftstrafe bis zu sechs Monaten für jeden Fall der Zuwiderhandlung vor dem Geschäftslokale der Antragstellerinnen namentlich zu mehreren Personen als Posten zu stehen und insbesondere hierbei durch Ansprechen, Nachziehen, Aufpassen und ähnliche Maßnahmen die Passanten von dem Betreten der Geschäftstetale der Antragstellerinnen abzuhalten.

Der Antraggegnerin zu 21, vertreten durch ihren Vorstand, den Vorsitzenden . . . wird gleichfalls unter Androhung der oben erwähnten Strafen für jeden Fall der Zuwiderhandlung untersagt, den vorerwähnten

Versammlungs-Anzeiger.

Frankfurt a. M., Samstag, den 20. April, abends 8 Uhr, Erntedankfest der Wagner im Gewerkschaftshaus, Stöckelstr. 18 II, Stöckelstr. 6.

Anzeigen.

Frankfurt a. M. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Werder 22, II. Umgehungen, Vermittlung des Arbeitsnachweises sowie event. der Anfertigung ist streng verboten.

Wien. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Werder 22, II. Umgehungen, Vermittlung des Arbeitsnachweises sowie event. der Anfertigung ist streng verboten.

Wien. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Werder 22, II. Umgehungen, Vermittlung des Arbeitsnachweises sowie event. der Anfertigung ist streng verboten.

Wien. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Werder 22, II. Umgehungen, Vermittlung des Arbeitsnachweises sowie event. der Anfertigung ist streng verboten.

Wien. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Werder 22, II. Umgehungen, Vermittlung des Arbeitsnachweises sowie event. der Anfertigung ist streng verboten.

Wien. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Werder 22, II. Umgehungen, Vermittlung des Arbeitsnachweises sowie event. der Anfertigung ist streng verboten.

Wien. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Werder 22, II. Umgehungen, Vermittlung des Arbeitsnachweises sowie event. der Anfertigung ist streng verboten.

Wien. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Werder 22, II. Umgehungen, Vermittlung des Arbeitsnachweises sowie event. der Anfertigung ist streng verboten.

Wien. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Werder 22, II. Umgehungen, Vermittlung des Arbeitsnachweises sowie event. der Anfertigung ist streng verboten.

Wien. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Werder 22, II. Umgehungen, Vermittlung des Arbeitsnachweises sowie event. der Anfertigung ist streng verboten.

Wien. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Werder 22, II. Umgehungen, Vermittlung des Arbeitsnachweises sowie event. der Anfertigung ist streng verboten.

Wien. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Werder 22, II. Umgehungen, Vermittlung des Arbeitsnachweises sowie event. der Anfertigung ist streng verboten.

Wien. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Werder 22, II. Umgehungen, Vermittlung des Arbeitsnachweises sowie event. der Anfertigung ist streng verboten.

Wien. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Werder 22, II. Umgehungen, Vermittlung des Arbeitsnachweises sowie event. der Anfertigung ist streng verboten.

Wien. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Werder 22, II. Umgehungen, Vermittlung des Arbeitsnachweises sowie event. der Anfertigung ist streng verboten.

Wien. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Werder 22, II. Umgehungen, Vermittlung des Arbeitsnachweises sowie event. der Anfertigung ist streng verboten.

Wien. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Werder 22, II. Umgehungen, Vermittlung des Arbeitsnachweises sowie event. der Anfertigung ist streng verboten.

Wien. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Werder 22, II. Umgehungen, Vermittlung des Arbeitsnachweises sowie event. der Anfertigung ist streng verboten.

Wien. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Werder 22, II. Umgehungen, Vermittlung des Arbeitsnachweises sowie event. der Anfertigung ist streng verboten.

Wien. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Werder 22, II. Umgehungen, Vermittlung des Arbeitsnachweises sowie event. der Anfertigung ist streng verboten.

Wien. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Werder 22, II. Umgehungen, Vermittlung des Arbeitsnachweises sowie event. der Anfertigung ist streng verboten.

Wien. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Werder 22, II. Umgehungen, Vermittlung des Arbeitsnachweises sowie event. der Anfertigung ist streng verboten.

Wien. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Werder 22, II. Umgehungen, Vermittlung des Arbeitsnachweises sowie event. der Anfertigung ist streng verboten.

Wien. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Werder 22, II. Umgehungen, Vermittlung des Arbeitsnachweises sowie event. der Anfertigung ist streng verboten.

Wien. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Werder 22, II. Umgehungen, Vermittlung des Arbeitsnachweises sowie event. der Anfertigung ist streng verboten.

Wien. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Werder 22, II. Umgehungen, Vermittlung des Arbeitsnachweises sowie event. der Anfertigung ist streng verboten.

Wien. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Werder 22, II. Umgehungen, Vermittlung des Arbeitsnachweises sowie event. der Anfertigung ist streng verboten.

Wien. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Werder 22, II. Umgehungen, Vermittlung des Arbeitsnachweises sowie event. der Anfertigung ist streng verboten.

Wien. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Werder 22, II. Umgehungen, Vermittlung des Arbeitsnachweises sowie event. der Anfertigung ist streng verboten.

Wien. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Werder 22, II. Umgehungen, Vermittlung des Arbeitsnachweises sowie event. der Anfertigung ist streng verboten.

Wien. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Werder 22, II. Umgehungen, Vermittlung des Arbeitsnachweises sowie event. der Anfertigung ist streng verboten.

Wien. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Werder 22, II. Umgehungen, Vermittlung des Arbeitsnachweises sowie event. der Anfertigung ist streng verboten.

Wien. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Werder 22, II. Umgehungen, Vermittlung des Arbeitsnachweises sowie event. der Anfertigung ist streng verboten.

Wien. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Werder 22, II. Umgehungen, Vermittlung des Arbeitsnachweises sowie event. der Anfertigung ist streng verboten.

Gute Polierer, möglichst auf Fläche und auf gute Eignung, gelbt, f. dauernd gelb. **Schubert & Schramm, Möbelfabrik** Kitzbühl am Bodensee (Schweiz).

Wir unsere Raumfabrik suchen wir einen mit der Fabrikation feinerer Schiffs- u. Besoldungs- gut vertrauten, tüchtigen

Werkmeister

an engagieren. Langjährige Erfahrungen in maschinellen Anlagen und den neuesten Holzmaschinen erwünscht. Offerten mit Angaben über bisherige Tätigkeit sind Zeugnis, abschreiben u. Angabe der Gehaltsansprüche beizufügen. **Schlager & West, Darmstadt.**

Beschläger

auf Schirmstühle sucht **Bernhard Noa, Berlin, Michaelstr. 20.**

Wir suchen per sofort mehrere

Stellmacher

(Kastenmacher und Kastenmacher) für dauernde Arbeit. **Indw. Kasse & Sohn, Halle a. S. Karlsruherstr. 10.**

4 Versilberer in einer Goldschmiedefabrik gesucht. Näheres Arbeitsnachweis der **Bahlsche Wägen, Gelsenkirchen, 1/1.**

Zu sofort tüchtiger Gefestbetreiber auf Peddigröhrmöbel gesucht.

Willy. Gack, Korbmachereimeister **Melsdorf, Gollstein.**

5 Korbmacher stellt sofort ein auf Mattarbeit, dauernde Beschäftigung.

Willy. Kuhnke, Korbmachereimeister **Greifenhagen, Bahnerstr.**

Suche tüchtigen Korbmachereihelfer für Mattarbeit. **Frau Pauline Winkler, Korbmacherei Hertefeld, Melsdorf.**

5-6 Korbmacher auf grüne Mattarbeit stellt sofort ein. Dauernde Beschäftigung.

Emil Stille, Wolgast.

Tüchtiger Korbmacher für Gefest- und geschlagene Arbeit und Reparaturen findet sofort angenehme und dauernde Stellung.

Adolf Winkelmann, Elberfeld.

Suche sofort einige Korbmachereihelfer auf Peddigröhrmöbel und Geschlagen.

Rheinische Korbmöbelfabrik **Louis Chr. Meyer, Rheinbach b. Bonn.**

Gefestbetreiber

speziell auf Peddigröhrmöbel gut ein gearbeitet, gesucht.

Wern & Schulz, Melsdorf.

Korbmacher auf Peddigröhrmöbel stellt ein **Heinrich Franke, Melsdorf 17.**

8 tüchtige Korbmacher auf leichte Möhrarbeit bei gutem Verdienst zu f. gesucht.

Joh. Kald, Krosdorf (Meckl.).

Ein tüchtiger Korbmacher für geschlagene Arbeit auf sofort gesucht.

P. Meyer, Korbwarenfabrik **Sersdorf i. W.**

Ein tüchtiger Bürstenmacher, welcher auch bohren kann, gesucht. Lohn 9-11 Mk. bei freier Kost und Logis und frei Kranken- und Invalidengeld.

Jean Christanz, Gelnhausen.

Sofort Stellmacher mit Wohnung zu vermieten. **R. Schulz, Schmiedemeister, Wiesdorf bei Berlin, a. d. Stadtbahn, Dorfl. 56.**

In Gölitz ist eine sich in stetem Betriebe befindliche

Stellmacher-Werkstatt

mit fester und guter Kundschaft zum 1. Okt. d. J. anderweitig zu vermieten. Offerten sind an das Bureau des Holzarbeiter-Verbandes, Gölitz, Luisenstr. 8, zu richten.

Spezialgeschäft

in Tischlereibedarfsartikeln.

Hobelsäge, Werkzeug 1a Qualität. Niederlage von Ulmer Werkzeugen. Französische Partietziehlingen.

von der **H. & Lemf**

Hamburg-Altenhof, Kanalstr. 30/38.

Mechan. Schreiner im Rheinland.

richtig u. Möbel wird wegen Krankheit aufgegeben u. ist zu verkaufen. Für erf. Fachmann passend. Nachweis: hoh. Jahresumfab. Aufträge immer vorh. Anzahlung 5-8000 Mk. Offert. bitte unt. **N. 296** an Exp. d. Ztg.

Ende, Polituren, Beizen.

kauft man am besten u. billigsten in der

Lackfabrik G. Bratsch, Reinteden-

dorf, Zuckstr. 15. Muster gratis.

Paul Horn, Politur- u. Lackfabrik, Hamburg 23

Unübertroffen und darum von so grosser Werbekraft sind mein

Peha-Matt, fahnen hergestellten und gereinigten

Schellackpolituren und meine **Holzbeizen**, die sich

besondere Farbenpracht auszeichnen (Eichenbeizen, Albo-Musabeizen, Salmiakbeizen, Spiritusbeizen, neues Polierverfahren hat

Ambrantbeizen usw.) Mein glänzend bewährt. Es ist durch Reichpatente gesetzlich geschützt!

Man erspart: Material, Zeit, Arbeit!

Sichere Gekkenz bietet sich für Tischler durch Kauf einer Werkstatte i. zentr. d. Stadt Bremen. Erford. ca. 800 Mk. Off. bitte unt. **N. 295** postl. Bremen I.

Mein lieber Freund

Interessierst Du Dich für amerikanische Werkzeug-Neuheiten?

Dann verlange sofort gratis Neu. Plakat Januar 1912 Neu. m. viel neuen Abbildungen v.

Otto Hermann, Berlin SO. 33, Oppelnerstr. 31.

Patent Schraubenzieher

Dante Nr. 80, ausgezogene

Länge 50 cm, mit 8 Stücken à 4,50 Mk. m.

Schraubenzieher Nr. 80, m. 1 Stk. 70 mm br. à 2,25

Schraubenzieher Nr. 8, Original do. à 2,25

Meform-Puggehölz mit Garantie 1a à 5,25

Leinwand 1a Stahl, 80 mm breit, à 0,80

Echte Dison-Gehlingen à 80 Pf. 6 Stück 1,50

1a Disonleisen 8 höher mit Zähne, à 1,40

Vorwahlen mit Stugellager, . . . à 1,50

Laubfägerei

Kerbschnitt u. Holzbrand-Werkz. Holz.

Vorlagen usw. in prob. Auswahl billigst.

J. Brendel, Mutterstadt 98, Pfalz.

Katalog gratis und franko.

Aus der Konkurrenzmasse Gebr. Crotogino

haben wir große Posten (5 Waggons) Werk-

bücher, Notbücher, Brundarm, ca. 8000 Möbel-

bücher erworben und offerieren:

Hobelsäge, maschinenfertig bearbeitet, als

Doppel-, Pul-, Schlitz-, Bahn- und Stroh-

hobel pro Stk. mit Nase 40 Pf. Eins-

hobel 20 Pf. Nahtbänke 20 Pf. usw.

Ferner: Schraubenzieher, Holzschneidezeuge,

fertige Möbel mit und ohne Eisen billigst

auf Anfrage. Listen gratis.

Werkbuche, Hobelsäge, solange der

Vorrat reicht, ohne Aufschlag zu unseren

Listenspreisen.

Gebr. Haase G. m. b. H.

Hobelsäge- u. Schraubenzieherfabrik.

Liegnitz

Schlachthofstr. 8-12.

Tischler-Fachschule

M. Gompertz, Kronprinzenplatz 6.

Dresden A. 28.

Besuch vom In- und Ausland.

Programm auf Wunsch.

Tischler-Fachschule

M. Gompertz, Kronprinzenplatz 6.

Dresden A. 28.

Besuch vom In- und Ausland.

Programm auf Wunsch.

Tischler-Fachschule

M. Gompertz, Kronprinzenplatz 6.

Dresden A. 28.

Besuch vom In- und Ausland.

Programm auf Wunsch.

Tischler-Fachschule

Stomkes Städtebuch Reiseführer durch Deutschland u. ang. Länder mit Eisenbahn- u. Wegkarte, 850 Seiten, geb. M. 1,20. In all. Buchh. zu haben od. geg. Entf. von M. 1,40 bei G. Stomke, Bielefeld.

Deutsches Technikum

Behr-Institut für Technische Fern- u. Korrespondenz-Unter-

richt, Berlin W 50, Kumbacher

Str. 4. — Gediegene theoreti. Ausbildung für

Bau- und Möbeltischler, Tischler-

meister, Werkmeister u. Werkführer

von Tischlerern, Möbelzeichnern usw.

sowie Vorverteilung auf die

gesetzliche Meisterprüfung

durch schriftlichen Unterricht nach erfolg-

reicher Methode und ohne Unterbrechung

der Erwerbstätigkeit. — Glänzende Er-

folge und Anerkennungen. — Honorar

mäßig. Aufnahme zu jeder Zeit.

Ausführlich. Programm gratis.

Süddeutsche

Schreiner-Fachschule

Brickl. techn. u. kunstgewerbli. Lehranstalt m. Handelskursen. Nürnberg.

Größe und anerkannt beste Privat- schule der Branche. — Im 8. Schul- jahre erhielten 69 Schüler Stellung. — Progr. und Ill. Brosch. umsonst.

Deutschlands einzige mit Handelslehre verbandene

Tischlerfachschule Ilmenau.

Grösster Stellennachweis f. Schüler unserer Anstalt, mit zirka 10000 Möbelfabriken und Tischlerern des In- u. Auslandes. Progr. frei. Dir. Stelzig.

Tischler-Fachschule Detmold

gegr. 1893. Städt. Schulgeb. Meister, Werkmeister, Zeichner, Höf- und Zeichensäle, Werkstätten. Programm frei d. d.

DIREKTOR KOLSCHER

Erste deutsche

Beiz- und Poliermeister-Schule

Göthen 3 in Anhalt.

Leistungsfähigste Lehranstalt allererst. Ranges. Theoret. u. praktische Ausbildung auf Grund der Chemie. Dauer 4 Wochen. Vorbildg. nicht nötig, überraschende Erfolge, bevorzugte, gutbezahlte

Stellungen. Eintritt jeden Tag möglich.

Sonderkurse f. Betriebsbeamte, Möbel- u. Raum- künstler. In 3-12 Monaten.

(Auch gesetzliche Meisterprüfung).

Prospekt und Auskunft kostenlos durch

Direktor G. Streich.

Kunstgewerbliche Tischlerschule

Blankenburg, N. 2

Programm frei. Direktor Reineking.

Paul Horn, Politur- u. Lackfabrik, Hamburg 23

Unübertroffen und darum von so grosser Werbekraft sind mein

Peha-Matt, fahnen hergestellten und gereinigten

Schellackpolituren und meine **Holzbeizen**, die sich

besondere Farbenpracht auszeichnen (Eichenbeizen, Albo-Musabeizen, Salmiakbeizen, Spiritusbeizen, neues Polierverfahren hat

Ambrantbeizen usw.) Mein glänzend bewährt. Es ist durch Reichpatente gesetzlich geschützt!

Man erspart: Material, Zeit, Arbeit!

Ich versende zum Versuch ein Körbchen, enthaltend:

1 Fl. Peha-Matt 1 Dose Porenfüllpulv. Mon-Ak (nussb.)

1 „ Neutral-Schellackpolitur-Extrakt 1 „ Marmor-Mono (mahag.)

1 „ Patentpolitur zum Reinpulieren 1 „ Bimsstein-Pol.-Pulv. (hellruss.)

1 „ allf. Politur-Glanzack (blond) 1 Tube Inkrustationskit, blond (zum

1 „ Kristall-Lack (blond) Auskitten schadhafter Holzstellen)

1 „ Schleif- und Polieröl (gelblich) 1 St. Kork-Schleifklotz (120x75x30mm)

Bei Bestellungen genügt die Angabe: 1 Versuchskolle zum Polieren zu 8 Mk., franko inkl. Emballage.

Mein **Lehrbuch der Schmuck- und Schulzarbeiten des Holzes**

(so ist jetzt der Titel der Anleitungen für das Beizen, Mattieren, Polieren, Lackieren, Schleifen usw.) ist nunmehr in II. revidierter und illustrierter Auf-

lage erschienen. Dies allseitig glänzend beurteilte Werk kostet im Buchhandel

1,50 Mk., bei Bezug von 10 Exemplaren auf einmal werden nur 10 Mk. berechnet.

Mein neues Preisverzeichnis wird jedem auf Wunsch gern umsonst zugesandt.

Werkstattplauderei. Fachzeitschrift für die Holzindustrie. Sie erscheint

bereits im V. Jahrgang und rasch hat sie in we